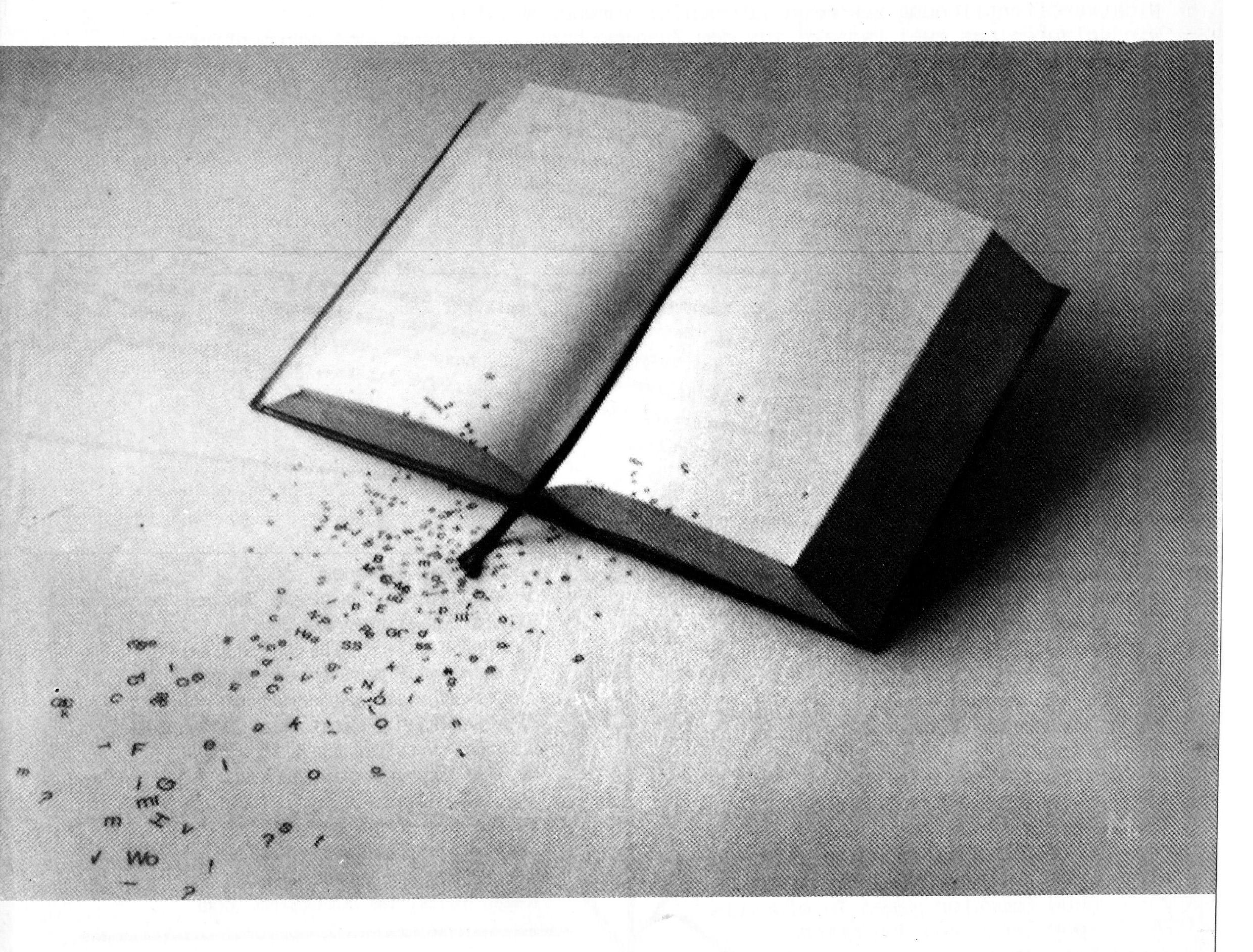
INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Nr.: 142

11. April 1991

Wichtige Mitteilung an unsere LeserInnen

Nur wenige Tage nachden unsere größte Konkurrenzzeitung (rerum cognoscere causas) völlig umgekrempelt wurde, haben wirs auch geschafft:
Innerhalb nur weniger Stunden entstand unter völlig selbstlosem Einsatz unseres gesamten MitarbeiterInnenstabes ein völlig neues Produkt.
Du hältst es bereits in deinen zittrigen Händen.
Hast du es schon bemerkt?
Mit unserem neuen Layout präsentieren wir das aktuellste aus der kleinen Welt der Autonomen. So viel war diesmal aktuell, daß wir vieles im Ordner abbunkern mußten.
Dennoch wird euch ja nicht verborgen geblieben sein, daß wir alle ziemlich auf der Stelle treten. Inhaltlich bringt auch diese Nummer nicht den großen Durchbruch, auffällig aber ist doch die neue Sprache in der Rohwedder-Erklärung.
Den Durchbruch überhaupt nicht geschafft haben die,die uns eine Kritik an einer Nichtveröffentlichung zukommen liessen(s. Vorwort Nr. 141)
Wir erlauben uns,zwei Passagen aus dem Zusammenhang zu reissen, und dokumentieren:
(komplett im Ordner)

Ihr schreibt pauschal in Eurer Einleitung, daß, da dort auch die Solidarität mit einigen früheren DDR-Bonzen eingefordert werden würde, Ihr es deshalb nicht abdrucken könnt. Diese kurze,pauschale Ablehnung ist einfach ein Riesenskandal, ist eine Riesensauerei !!!
Das is ja wohl das l e t z t e !!!
Ihr müßt Euch den Vorwurf gefallen lassen, ob Ihr nur noch mit Eurer eigenen Brille kiekt. ——

Eure Zensiererei hat schon längst das vertretbare Maß über - schritten. Es is in diesem Fall ein Skandal! und hat nix mehr zu tun mit ner verantwortlichen autonomen Redaktionspolitik, sondern ähnelt in seiner Ablehnung und Zensierei eher der Machart (Hetze) der Schmierenblätter von Spiegel-Welt-FAZ-taz, was RAF+Widerstand-Themen betrifft.

IMPRESSUM
Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61
Redaktionsanschrift: s. o.
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Interhalt

Drinnen:

Draussen: (Ordner)

SPUCKIES SPUCKIES

Wenn ihr uns bis nächsten Montag mehrere Entwürfe für Spuckies (bitte auf DINA 6) in's Postfach legt. mit Entwürfen für die 1.Mai-Demo-Mobilisierung, dann gibt's eine Beilage mit Spuckies für euch.



Protokoll des 1. Mai Plenums vom 27.3.91

Eingangs wurde die Nicht-Teilnhame von Frauenzusaammenhängen bemängelt. Warum das der Fall war, war nicht klar. Vielleicht gibt es dazu ja mal eine Stellungnahme?

1) Das Treffen zu einem Fest in Kreuzberg war nicht so dolle. Kinderbauernhof in der Adalberstr. hat wohl keinen Bock auf ein Fest am Mauerstreifen. Es gibt Zusagen über einige wenige Stände, wo immer das Fest sein wird.
Es gibt bislang keine Festkoordination. Wenn es irgendwo ein Fest geben wird, wird dieses von den Grupppen aus den jeweiligen Stzadtteilen vorbereitet. Als mögliche Festorte wurden noch Kollwitzplatz und Friedrichshain genannt.
Konsens war, daß ein Fest nicht vom Maiplenum beschlossen werden kann und irgendwelche anderen müssen es dann machen. Ein Fest jedenfalls fänden alle gut und das sollte auch im Zusammenhang mit der Demo gesehen werden. Was das genau heißt, kann erst dann gesagt werden, wenn es ein Fest definitiv gibt.

2) Demoroute. Die steht nun fest. Es geht nach Friedrichshain: Start Oranienplatz 13.00 Uhr -> Skalitzerstr. -> Görlitzerstr. -> Oppelnerstr. -> Wrangelstr. -> Falckensteinstr. -> Oberbaumbrücke -> Warschauerstr. -> Kopernikusstr. -> Simon-Dach-Str. -> Niederbarnimstr. -> Proskauerstr. -> Liebigstr. -> Abschluß Bänschstr./Proskauerstr.

Die Route nach Prenzlberg wurde verworfen, weil da einfach zuviel totes Gelände dazwischen ist.
Gründe für die Route waren, daß es nach Ost-Berlin gehen sollte und weil Friedrichshain ein Kiez ist, der nett ist und wo es sicherlich Leute gibt, die eine unabhängige 1.Mai Demo gut finden werden.

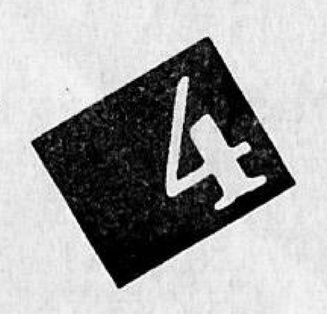
3) Plakatentwurf. Es gab einen Vorschlag, der solidarsch und heftig kritisiert wurde. Das Problem wurde auf nächste Woche vertagt.

4) VV Termine wurden festgemacht. Einmal am Fr. 5.4.91 im Versammlungsraum/Mehringhof und einmal eine Woche später, Do. 11.4.91 in der Kirche von Unten, jeweils 19.00 Uhr.
Es gab eine kurze Diskussion, warum zwei VVs, ob das eine West und eine Ost VV sein sollte. Es wurde so eingeschätzt, daß in den jeweiligen Orten nicht nur ein etwas verschiedenes Publikum hingeht, sondern daß es auch günstig ist, Leuten aus den anderen Stadtteilen einen für sie näheren Ort anzubieten. Außerdem gibt es so die Möglichkeit auf der zweiten VV einen etwas aktuelleren Stand zu vermitteln.
Es wird noch eine VV kurz vor dem 1. Mai geben.

5) Endlich konnten wir mit der inhaltlichen Diskussion beginnen. Es wurde sich dafür ausgesprochen, auch wenn wir selber mehr Fragen als Antworten gerade haben, dennoch zu versuchen, radikale Inhalte auf die Straße zu tragen, zumal wir nicht die einzigen sind, die viele Fragen haben. Im Gegenteil wird die schnelle Veränderung der Welt eher noch Leute motivieren mit uns auf die Straße zu gehen.

Viel weiter kamen wir hier nicht, da dann eine Diskussion über die Teilnahme der RIM begann, die ziemlich chaotisch war, deshalb das Wesentliche in Stichpunkten:
Die RIM hat durch ihr jahrelanges unsolidarisches Verhalten auf Demonstrationen zu verantworten, daß ihre Teilnahme nicht mehr erwünscht ist. Sie halten sich nicht nur an keinerlei Absprachen (z.B. Mitbringen eines Lautsprecherwagens, ohne sich an Infostrukturen zu beteiligen, Teilnahme von RIM Typen an der 8.März Demo, Mitführen von Mao-Köpfen auf eben dieser Demo, sich trotz Absprache vor den Kinderblock zu schieben, wie am letzten 1.Mai). Sie verhalten sich wiee eine Sekte, die nicht auf eine Gemeinsamkeit der Linken in dieser Stadt aus ist, sondern versuchen Demos einzig für ihre Zwecke umzufunktionieren. Zwar hat die RIM in letzter Zeit sich nicht mehr erdreistet, ihre Stalinköpfe mitzubringen, dennoch ist sie weiterhin eine stalinistische Truppe, von der klar ist, daß sie im geeignetetn Moment als erstes gegen andere Linke vorgehen wird.
Hier gab es nun eine spannende Diskussion insbesondere zwischen den "Ossis" und türkischen GenossInnen, in der es aber einige Mißverständnisse gab. Z.B. sagten die türk. Gen., daß es einzig ihre Sache sei, ob sie sich nun stalinistisch oder hierarchisch oder sonstwie verstehen wollten, worauf entgegnet wurde, daß ein so unreflektierter Pro-Stalinismus sich den Vorwurf des faschistoiden gefallen lassen müsse. Große Aufregung. Von Autonomen wurde eingbracht, daß sie sich eine nicht-hierarchische Organisierung als Ziel vorstellen, wobei allerdings selbstkritisch angemerkt wurde, daß es sehr wohl auch hierarchische Strukturen unter den Autonomen gibt. Von den türk. Gen. wurde Unverständnis über die Freude der Ossi-GenossInnen geäußert, daß die DDR endlich weg sei, sie warfen ihnen Anti-Kommunismus vor, was zurückgewiesen wurde.
Fazit:
1) die türk. Gen. haben Interesse an Ossis, die linke DDR Opposition waren (und sind)
2)Es wird eine Gruppe geben, die sich Gedanken um Kriterien auf der Demo macht (z.B. RIM fliegt raus wenn sie sich nicht an Absprachen halten, kein Alk)
3) Das 1. Mai Plenum ist ein Plenum der außerparlamentarischen Gruppen. Parlamentarier und Funktionäre haben hier nichts zu suchen.
4) Beim nächsten Mal geht es weiter, insbesondere welche Stoßrichtung wir der diesjährigen 1. Mai Demo geben wollen.

ES WERDEN NOCH DRINGEND LEUTE GEBRAUCHT, DIE SICH UM DAS ODER DIE FESTE KÜMMERN, UN ÜBERHAUPT SOLLTEN WIR UNS ALLE GEDANKEN DARUM MACHEN, WAS WIR MIT UNSEREM 1. MAI WOLLEN !!!



Warum wir nicht wollen, daß die 1.-Mai-Demo nach Friedrichshain geht

Was spricht denn für ne Demo hierher? Oberflächlich betrachtet sind es die vielleicht 25 besetzten Häuser in diesem Stadtteil und die mehr oder weniger erfolgreichen Auseinandersetzungen um die Mainzer Straße im letzten November, die räumliche Nähe zu Kreuzberg ist wahrscheinlich das dritte Argument.

Dazu können wir feststellen: Wir bewegen uns in Friedrichshain in einem ziemlich luftleeren Raum. Das heißt, wir sind in keinerlei Weise in diesem Stadtteil verankert. Das gilt ganz besonders für die WestlerInnen unter uns. Unser Kontakt mit FriedrichshainerInnen beschränkt sich auf Gespräche mit ein paar direkten NachbarInnen, weiterhin auf noch relativ gute Beziehungen zu Menschen aus Organisationen wie Bündnis 90, PDS, MieterInnenläden, Kirchen u. a., die aber ihrerseits über kaum eine mitarbeitende Basis verfügen, und auf die Herren Mendiburu und Batschulat. Der geringe Kontakt liegt zur Zeit sicherlich auch an der ganz allgemein zunehmenden Distanz zwischen WestlerInnen und OstlerInnen, die auf einer gegenseitigen Arroganz bzw. Zurückgesetzt-Fühlen beruht, dem wir auch zu wenig entgegensetzen können. Das Interesse an uns bzw. von uns an unseren NachbarInnen ist auch aufgrund der allgemeinpolitischen Situation (das Auseinanderdriften der sozialen Situation in ehem. DDR und BRD und die noch stärkere Vereinzelung) stark zurückgegangen.

Was in Friedrichshain weiterhin fehlt ist eine "Subkultur" (das meint nicht nur den bürgerlichen Kulturbegriff), die von sog. linksalternativen Menschen getragen wird und in deren Umgebung sich eine linksradikale Bewegung festigen kann. In der Zeit bis Oktober 1989 gab es hier nur kleinste Ansätze einer solchen Subkultur, zwar mehr als zwischen Hohenschönhausen und Friedrichsfelde, aber eben etwas ganz anderes als im Prenzlauer Berg oder im Norden von Mitte. Demzufolge gibt es hier auch nur 3 Cafés, 2 Galerien und 1 MieterInnenladen, aber 100 Imbisse und 100 Videotheken.

Die Auseinandersetzungen um die Mainzer Straße haben auch mehr zu einem Interesse an einem exotischen Objekt "HausbesetzerIn" geführt als zu einer ernsthaften Auseinandersetzung mit unseren politischen Zielen, die wiederum untereinander sehr unterschiedlich sind. Über die damalige Unterstützung durch die FriedrichshainerInnen haben wir uns auch sehr gefreut, aber diese war punktuell und ist zwar vielleicht wiederholbar, aber nicht kontinuierlich. Es gibt weiterhin die Trennung zwischen dem Gekungel um die besetzten Häuser und den Problemen der MieterInnen in ihren Häusern, wie sie von Mieterhöhungen bzw. Modernisierung oder Rausschmiß bedroht sind. Wir haben es da - trotz einiger zaghafter Versuche - nicht geschafft, dies zu verbinden.

Was wir nicht wollen ist, jetzt zum ersten Mal nach einem halben Jahr wieder mit einer Horde von 10.000 meist ortsfremden (d. h. nicht aus Friedrichshain) Menschen in diese Gegend einzufallen, nur weil es hier mal vor einem halben Jahr heftige Straßenschlachten gegeben hat. Diese 10.000 kommen dann frühestens in einem halben Jahr wieder für drei Stunden und wir müssen uns in der Zwischenzeit mit den Folgen rumschlagen. So ein Haufen wirkt unserer Meinung nach vor allem abschreckend, und genau das halten wir nicht für eine Möglichkeit, mit den Menschen hier zusammenarbeiten zu können.

Die Nähe zu Kreuzberg ist für viele von uns durchaus ein Argument, hier ein Haus zu besetzen (statt in Lichtenberg oder Köpenick, wo es auch zahlreiche leere Häuser gibt), aber diese Nähe halten wir für kein ausreichendes Argument, hierher am ersten Mai zu demonstrieren. Es ist doch kein Zufall, daß die Demo nicht nach Tempelhof oder bestimmte Spießergegenden Neuköllns oder die Neubauviertel von Mitte und Friedrichshain gehen soll, die auch alle relativ nah an Kreuzberg liegen.

Leider klingt das alles jetzt sehr destruktiv und wir müssen auch zugeben, das wir uns nicht rechtzeitig in die Vorbereitung mit eingeschaltet haben, als wir die Gerüchte über das Demoziel gehört haben. Und wir haben auch keinen anderen Vorschlag, wie die Demoroute gestaltet werden könnte. Wir würden sogar fast 2 getrennte Demos bevorzugen (in Ost und West) angesichts der derzeit hier zu beobachtenden Situation, wissen aber auch, daß dies schon abgelehnt ist. Wir würden eine reine West-Demo (mit Ausflug vielleicht in den Osten, z. B. Bundeswehrkaserne Treptow) oder notfalls den Oranienplatz - Kollwitzplatz - Vorschlag unterstützen, weil wir denken, daß die Situation hier und im Prenzlauer Berg tendenziell sehr verschieden ist. Aber es muß unbedingt von den im jeweiligen Stadtteil tätigen Gruppen mitentschieden werden, die auch die Auswirkungen einer eventuell möglichen Auseinandersetzung mit den Bullen oder das Zertrümmern eindeutiger Schweineobjekte in ihre Überlegungen miteinbeziehen müssen.

PS.: Der Friedrichshainer BesetzerInnenrat hat am 3. April Friedrichshain als Ziel der 1.-Mai-Demo einmütig abgelehnt, wobei allerdings einige Häuser nicht anwesend waren.

Für eine revolutionäre 1.-Mai-Demo !!!!!!!!!!!
Menschen aus einem besetzten Haus in Friedrichshain

Bericht von der 1.Mai VV am 5.4. 91

Die Vorbereitungen zur diesjährigen 1. Mai Demo haben sehr spät angefangen (u.a. wegen des Golfkrieges). Es gab Unsicherheiten innerhalb der Vorberitungsgruppe, wie groß das Bedürfnis von uns an der Demo und dem Fest sind. Erfreulicherweise waren viele Menschen auf der VV und es wurde lebhaft diskutiert.
Diesen Bericht schreiben wir, einige Leute aus der Vorbereitungsgruppe, um die Diskusssion, die auf der VV gelaufen ist, ob die Demo nach Friedrichshain gehen soll oder nicht, zu vermitteln.

Zu Anfang wurden die feststehenden Techniks bekannt gegeben. Die Route, siehe Protokoll des letzten Mai-Plenums, sowie der Stand zu den Festen. Plakate werden an den einschlägigen Orten (Kneipen und Infostellen) von uns abzuhohlen sein. Alle sind aufgerufen, die Plakate zu kleben.

Es gab ein Papier von einigen Leuten vom BesetzerInnenrat, die sich gegen eine Demo durch Friedrichshain aussprachen. Begründung dafür war, daß sich die BesetzerInnen "im luftleeren Raum bewegen", d.h., daß es keine Verankerung vor Ort gibt, genausowenig wie eine Subkultur (von den besetzten Häusern abgesehen), die eine Demo befürworten würde. Darüberhinaus wollten die SchreiberInnen des Papiers nicht, daß "wir wieder mit einer Horde von 10.000 meist ortsfremden Menschen einfallen". Dahinter steht die Angst, daß Randale in Friedrichshain kontraproduktiv wäre, zumal die meisten Leute, die sich an der Randale beteilgen würden, für die danach anstehende Aufarbeitung nicht mehr zur Verfügung stehen.
Erwartungsgemäß setzte hier eine sehr kontroverse Diskussion ein. Als Gegenpositionen wurde eingebracht, daß selbst wenn die Einschätzung der Leute vom BesetzerInnenrat stimmt, daß sie nicht in ihrem Kiez verankert sind, es uns in den letzten Jahren auch nicht davon abgehalten hat, in andere Kieze wie Neukölln zu latschen, wo wir sogar noch eher mit einer uns "feindlich gesonnene" Bewohnerschaft rechnen mußten. Im Gegenteil wurde eingebracht, liegt für uns saogar eine Chance darin, wenn wir auf der Straße gesehen werden, daß sich Leute angezogen fühlen. Daruaf wurde entgegnet, daß wir doch ohnehin nur mit Hassis durch die Gegend gehen würden, worauf geantwortet wurde, daß dies Blödsinn sei, schließlich hätten wir das auch auf den letzten 1. Mai Demos nur zum Teil gemacht und schließlich gehörten die Hassis genauso zu uns wie die Lauten, die Bunten und die Kinder.
Friedrichshain ist ein alter ArbeiterInnenkiez, in dem viele Menschen wohnen.
Als Fazit wurde sich darauf verständigt, daß es Erklärungen geben wird, warum wir eine 1. Mai Demo wollen, und daß diese entlang der Demoroute geklebt und in die Hausbriefkästen gesteckt werden wird.

Es wurde als schwierig eingeschätzt wie wir sden Sinn einer unabhängigen 1- Mai Demo in Friedrichshain vermitteln könnten. Kritik wurde an der Wortwahl der SchreiberInnen geübt, die uns als Horde bezeichnen, wo doch solche Begriffe sonst nur in BZ und TAZ zu lesen sind. Das war aber von den Leute vom BesetzerInnenrat gar nicht so böse gemeint, ist dann herausgekommen.

Im Zusammenhang mit dem Vorwurf, daß die Leute aus den besetzten Häusern die einzigen seien, die am 2. Mai dann noch da wären,



wurde dazu aufgerufen, sich an den jeweiligen Aktionstagen zu Mietenexplosion und Versteigerungen zu beteiligen und daß dies eine notwendige Kontinuität für uns sein müsse.

Fazit dieser Diskussion war, daß wir in diesem Jahr vor einer veränderten Situation im Vergleich zu den Vorjahren stehen.
1) Im Gegensatz zu den Vorjahren werden wir die diesjährige 1. Mai Demo und die beiden Feste ganz und gar alleine organisieren müssen. Das heißt, daß das Gelingen dieses Tages um so mehr von jeder und jedem von uns abhängt, die den 1. Mai als Tag von uns wollen
2) Durch die "Wiedervereinigung" gibt es viele Auseinandersetzungen, die die Wessis noch führen müssen, um die Ossis besser verstehen zu können (wahrscheinlich auch umgekehrt)
3) Von ausländischen GenossInnen wurde eingefordert, daß wir über die ganzen Ost-West Auseinadersetzungen nicht vergessen dürfen, daß sie auch noch da sind, dies um so mehr als daß wir schließlich auch mit ihnen zusammenkämpfen wollen.
4) Die Demo geht nun natürlich von Kreuzbergnach Friedrichshain.

Zur inhaltlichen Diskussion, was wollen wir mit dem 1.Mai?

Aktuelle Themen, die in allen Köpfen und auch vermittelbar sind:

- zunehmender Rassismus und Nazibandenterror, wogegen wir uns gemeinsam mit ausländischen genossInnen und Gangs wehren

- Mietensteigerunge in Ost und West, Kündigungen und Zwangsräumungen. Dagegen setzen wir Hausbesetzungen und Selbstorganisierung von MieterInnen

- die 1. Mai Demo ist eine Demonstration der außerparlamentarischen Linken in Ost und Westberlin, die selbstbestimmt und selbstorganisiert aus einem Gefühl internationler Solidarität anfängt, gemeinsam Widerstand zu leisten gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, antiautoritär und mit einer guten Portion revolutionärem Optimismus.

-Wortgewaltige-Schertzkekse:

...

Wenn am 1.Mai die herrschende Clique wieder einmal in ihren Villen zittert, während ihre Büttel verzweifelt versuchen, die geballte Wut des Volkes auf der Straße zu ersticken, weiß die revolutionäre Bewegung, daß es heute um mehr geht als um das Ende der kapitalistischen Ausbeutung: Sie haben die Beseitigung jeder Herrschaft von Menschen über Menschen auf ihre schwarz-roten Fahnen geschrieben.
Und deshalb kämpfen sie gegen die Knäste und Psychatrien, in denen Frauen und Männer eingepfercht werden und jede revolutionäre und widerspenstige Identität gebrochen werden soll!



Liebe aufstrebene Jungrevoluzzer !

Wir beziehen uns mit diesem Papier auf Eure "Gedanken zum 1.Mai" in der Interim 140.Den Text finden wir gut,abgekotzt haben wir nur bei Eurer Anpisse gegen uns im letzten Absatz.Zum einen wegen der Undifferenziertheit und des Stils Eures Angeprolles (mit solidarischem Umgang miteinander hat das nix zu tun),zum anderen,weil die Kritik so einfach falsch ist.Ihr werft uns vor, uns nur mit "Antifa-Kram" zu beschäfftigen.Das ist Quatsch:Viele von uns leben zum Beispiel in besetzten Häusern und arbeiten im Häuserkampf mit.Aber auch,wenn Ihr Euch mal die Themenauswahl in unserer Zeitung(dem Antifa Jugendinfo)anschaut,werdet Ihr feststellen,daß es da keineswegs nur um Antifa geht:Repression,Antimilitarismus,Häuserkampf,internationale Solidarität,1.Mai-alles thematisiert...

Richtig ist,daß der Kampf gegen den Faschismus als Teil eines Konzepts zur Aufrechterhaltung der Macht der Herrschenden,Schwerpunkt unserer Arbeit ist,und dies aus einer politischen Notwendigkeit.Wenn wir unsere Utopie von einer klassenlosen,emanzipatorischen und solidarischen Gesellschaft verwirklichen wollen,gilt es, verschiedene Unterdrückungsmechanismen(Sexismus,Rassismus, Klassenwiderspruch,Ausbeutung des Trikont...)zu zerschlagen.In diesem Gefüge von Herrschaftsverhältnissen sind die Faschisten nur ein kleiner Teil,zum Beispiel in ihrer Funktion zur Bekämpfung progressiver und revolutionärer Bewegungen.Natürlich muss sich unser Kampf in letzter Konsequenz gegen dieses Herrschaftsgefüge als Ganzes richten.Aber der Versuch,als eine Gruppe zu allen Teilbereichen dieses Systems gleichermaßen eine kontinuierliche politische Praxis zu entwickeln,wäre zum Scheitern verurteilt. Die Kraft dazu hat niemand - wir nicht,und Ihr auch nicht.

Hier wird klar,daß wenn Kontinuität und politischer Tiefgang nicht völlig auf der Strecke bleiben sollen,eine gewisse "Spezialisierung" notwendig wird.Daher haben wir Antifa als Schwerpunkt unserer politischen Arbeit bestimmt.

Natürlich finden wir es auch geil,wenn andere (Jugend)Gruppen in ihrem Kampf an anderen Punkten ansetzen.Eine revolutinäre Perspektive können wir aber nur dann entwickeln,wenn es uns gelingt, uns in unseren Kämpfen aufeinander zu beziehen und so das System an all seinen Wurzeln,also wirklich radikal anzugreifen.(...damit wären wir wieder beim solidarischen Umgang miteinander!)

Ein Beispiel hierfür war das "Arme Deutschland",eine Zeitung,die von linxradikalen Jugendgruppen(auch uns) mit verschieden Arbeitsschwerpunkten gemacht wurde und dadurch tatsächlich sowas wie politische Aussagekraft hatte (gibt's leider nicht mehr wg. Org.-Streß und allgeminer Inaktivität).

Wenn wir also eine revolutionäre,antifaschistisch Jugendbewegung fordern (was Ihr uns ja zum Vorwurf macht),dann ist klar,daß es da nicht nur um den Kampf gegen den Faschismus sondern die Zerschlagung des ganzen kapitalistischen Systems geht.Und daß dies selbstbestimmt ablaufen soll/muß auch.

Was für uns bei dieser Diskussion rauskommtist,daß eine (bessere) Vernetzung von revolutinären Jugendgruppen für uns ein mittelfristiges Ziel sein sollte.Ansätze hierzu gab's schon:z.B. mit dem Versuch,im Rahmen der letztjährigen 1.Mai-Aktivitäten einen Aktionstag von Jugendlichen zu machen oder auch mit der AUTSCH (Autonome SchülerInnenzeitung)

Für eine revolutionäre,antifaschistisch Jugendbewegung !

Zusammen kämpfen !

Einige Leute aus der



Ermittlungsausschuß

Ermittlungsausschuß · Gneisenaustr. 2a · 1000 Berlin 61

Gneisenaustraße 2a
1000 Berlin 61
☎ 692 22 22

Bankverbindung: Sonderkonto Klaus Schmidt
Postgiroamt Berlin West (BLZ 100 100 10)
Kto.-Nr.: 206 10-106

betrifft
die Veröffentlichung in der
RADIKAL 142 über den
" Spitzel " F. Hardy

Nachdem die Interim Anfang des Jahres die Veröffentlichung des "Enttarnungsschreibens" über F.Hardy aus vernünftigen Gründen abgelehnt hatte(wurde in den Ordner verbannt), taucht dieses nun in der Radikal auf.
Neu an der Radikalversion ist, daß es von F.Hardy einen Visa - Antrag gab, wo er seinen Beruf "Police Officer" angegeben hätte.
In der ersten verteilten Version gab es diesen Hinweis nicht!
Im Gegenteil wurde dort mit völlig verschwommenen Anhaltspunkten die Spitzeltätigkeit von F. Hardy begründet.
Blaue Breifumschläge gibt`s in jeder Papierhandlung zu kaufen.
Es gibt auch mehr Leute als ihn, die ihr Motorrad nicht so liebendgern vorm SO 36 abstellen. Was die Notizen über Scene-veranstaltungen betrifft, ist uns nicht so klar geworden wie diese inhaltlich kompromitierend sind, es herrscht bisher kein Schreibverbot.
Wenn es Interesse an einer inhaltlichen Auseinandersetzung über Form und Inhalt solcher " Enttarnungen " gibt, wir sind gerne bereit .
Bis dahin in Kürze nur soviel: Wir finden das Flugblatt unter aller Sau, sprich schlecht recherchiert, vage formuliert, insgesammt: ein miserabeles C - Filmdrehbuch.
Der Leserin und dem Leser wird der Inhalt als Glaubensfrage präsentiert, nachgewiesen ist nichts!
Jedenfalls fordern wir euch (die HerausgeberInnen) auf, den einzigen bisherigen " Beweis ", nämlich die Kopie des Visumantrages, zu veröffentlichen.

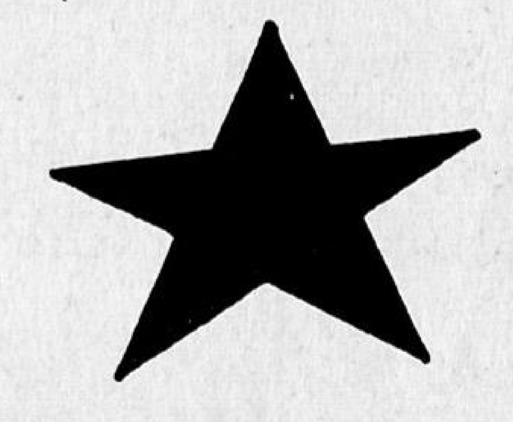
ohne Parole Ermittlungsausschuß

---

geMAINZam

SinD

wir einige leute um/aus der mainzer arbeiten seit november zusammen. schwerpunkt unserer diskussion waren bisher aussageverweigerung und eine einschätzung der situation. im hinblick auf den stand der laufenden ermittlungen haben wir das problem, keine ausreichenden informationen von euch zu kriegen. zu wenig leute melden sich beim ea zurück, wenn prozesse, vorladungen oder anklagen kommen.
dann scheint es immer noch die überzeugung bei einigen zu geben, daß wenn sie allein ihre prozesse durchziehen, sie mit geringeren strafen davon kommen. das hat sich jedoch fast immer als falsch erwiesen.



wir betrachten es vielmehr als notwendigkeit, daß wenn leute prozesse, usw. am hals haben oder gar einfahren, sie sich mit anderen betroffenen, freundInnen und genossInnen darüber auseinandersetzen.
wir wollen keiner/m aufzwingen jetzt nen prozess mit großen erklärungen und mit "revolutionärer öffentlichkeit"zu führen, dies müßt und solltet ihr selbst entscheiden.



was wir können ist:

- wenn prozesse laufen öffentlichkeit erzeugen, indem wir die termine bekannt geben und oder was dazu schreiben.
- darüber diskutieren wie wir in prozesse reingehen, vor dem hintergrund von erfahrungen, die wir in vorangegangenen prozessen gemacht haben.
- über die prozesse,die gelaufen sind, zu reden und zu sehen was das für die leute heißt, eben auch im zusammenhang mit anderen prozessen, anklagen und ermittlungsverfahren.

STark

MELDET EUCH BEIM ERMITTLUNGS AUSSCHUSS

antirepressionsgruppe mainzerstraße
di 20-21 uhr c/o EA, gneisenaustr.2a
1000 westberlin 61, tel.:6922222

Lieber Geronimo

Von kulturellen und sozialen Klassen

- zweiter Brief an Geronimo

Nach meinem ersten offenen Brief zu deinem Buch "Feuer und Flamme" hatte ich dir versprochen meine Kritik nochmal ausführlicher darzustellen, nicht nur beim kritisieren und zerreißen stehen bleiben, sondern auch konstruktiv zu formulieren was ich anders gemacht hätte. Da ich wie alle Menschen die üblichen Probleme habe, mal in die Pötte zu kommen und die weltpolitischen Ereignisse (von Mainzer Straße bis zum Golf) sich überschlagen, fällt es mir schwer, alle Gedankenfetzen und Ideen so schnell mal wieder aus einer verstaubten Gehirnecke und von irgendwelchen Zetteln, die ich letzten Sommer in den Bergen dazu beschrieb, rauszukramen und zu ordnen; geschweige in einen wohldurchdachten, mit "klugen" Zitaten gespickten Text zu fassen. Trotzdem hab ich's auf die schnelle mal versucht.

Wer und Was "die Autonomen" sind, kann mensch nur begreifen, wenn er /sie uns primär unter kulturellen, sozialen und alltäglichen Gesichtspunkten anschaut und erst dann von unserem politischen Erscheinungsbild her. Denn es geht uns mehr um eine Lebensweise und Lebensgefühl, die im Unterschied zu allen anderen "politischen Parteien" die ganz Existenz umfasst, als um ein politisches Programm. Mensch kann nicht morgens als Schichtführerin in die Fabrik oder als Studienrätin in die Schule und abends auf Autonome machen, wie mensch ohne existenzielle Konsequenz Parteimitglied z.B. der "Grünen" sein kann. Wir Autonomen sind Teil und der radikalste und politisch expliziteste Ausdruck der Subkulturen, die (nicht nur) in der BRD in den letzten 25 Jahren enstanden sind.

Dazu nun etwas genauer, doch vorher noch etwas zum Blickwinkel: Es gibt zumindestens zwei Arten der Geschichts- und Gesellschaftsbetrachtung: Einerseits der Blick von unten, wie wir uns (gerne) sehen, was wir wollen und was wir gerne sein würden, auf welche historischen Wurzeln wir uns beziehen, in wessen Kontinuität wir uns sehen, etc.

Und andererseits der "objektive", "analytische" Blick von oben, quasi als "Weltgeist Superstar" aus einem Raumschiff auf die Erde schauend und sich fragend, ob die autonomen Kämpfe in einer Gesellschaft wie die der BRD überhaupt auffallen, was sie bewirken, welche Bedeutung und Wichtigkeit sie haben, was wird davon "historisch" übrig bleiben (ist der Kampf gegen AKW s aus der Sicht des Jahres 2100 mehr als eine Fußnote?) und was ist vergebliches Abstrampeln gegen den Lauf der Welt.

Mir ist jetzt erstmal der zweite wichtig: Seit etwa Mitte der 60er Jahre hat sich in der BRD (wie auch in den USA und vielen anderen westeuropäischen Staaten) ein kultureller Bruch vor allen von Teilen der Jugendlichen entwickelt, deren zentrale Kennzeichen die Verweigerung der Konsum- und Leistungsgesellschaft sowie das Benutzen von Drogen und als gemeinsames, weltweit verbindendes Element die Musik waren: Von den "Beatles" (wie harmlos die heute auch immer wirken, damals war ihre gesellschaftliche Funktion eine andere) über die "Rolling Stones" hin zu "Jimi Hendrix" und als offensichtlichster Bezugspunkt "Woodstock". Dazu kamen noch gewisse Äußerlichkeiten, wie lange Haare, etc. Auf dieser kulturellen Ebene wurde eine "weltweite" Gemeinsamkeit gefunden und dann und darauf aufbauend konnte sich die sogenannte "Studentenrevolte" 68 (oder besser: Jugendrevolte 68) entwickeln, die dann explizit politische Inhalte und Forderungen hatte. Die soziale Herkunft oder ein gemeinsamer sozialer Hintergrund (z.B. als Massenarbeiter bei VW etc) spielte weitgehend keine Rolle - der Joint kreiste vom abgehauenen Fabrikarbeiter/in zum klug daher schwatzenden Studi aus Mittelstandskreisen, im Hintergrund die Musik von Jimi Hendrix. Eine Bewegung entstand erst, als Studies uind Jugendliche zusammen kamen, die Klammern bildeten Musik und Drogen, es konstituierte sich eine: **KULTURELLE KLASSE**

Und diese kulturelle Klasse existiert bis heute - nicht mehr so auf Jugendliche bezogen wie '68 und stellt den zentralen Bruch und Konfliktlinie in der Gesellschaft der BRD dar. Es geht im Groben um zwei kulturelle Entwürfe von Leben: Industrie- und Konsumgesellschaft oder um Leben im hier und jetzt. Dies drückt sich besonders in starken Generationskonflikten, der Ablehnung der Industriegesellschaft (besonders ihrer Großprojekte) der Kampf um sexuelle Selbstbestimmung (Lesben und Schwule, Versuche einer anderen Sexualität), den Kämpfen der Frauen, den Kämpfen um die Lebenshaltungskosten wie Mieten, Fahrpreise etc, Experimente mit Drogen, in der gemeinsamen Musik (früher Rock, heute Punk im weitesten Sinne) die gemeinsame Verweigerung von bestimmten Teilen der BRD-Kultur wie Karriere, Heiraten, Kleinfamilie mit Kindern etc und der Versuch, in anderen Lebensformen wie Großgruppe, WG und Kommune zu leben.

Natürlich ist das alles viel widersprüchlicher, sind Teile ständig darum bemüht sich in die Gesellschaft der BRD reformierend zu integrieren, während andere dies heftig bekämpfen (eben die Autonomen), werden große Teil kommerzialisiert und in den Kreislauf von Konsum- und Geld integriert, zerfällt diese Szene bei genauer Betrachtung, die zeitweise (z.B. Ende der 70er) bis zu 10% der Bevölkerung der BRD ausmachte in zig Untergruppen, die sich zum Teil heftig befehden. Und ein weiteres Problem ist die Kontinuität dieserKulturen: Sie bestehen allenfalls auf der Beschreibungsebene von oben, aber bis auf wenige Ausnahmen nicht auf der Ebene der konkreten Personen. Die autonome Scene ist ein großer Durchlauferhitzer, die Menschen kommen und



gehen - und spielen das nächste Spiel. Menschen, die 68 dabei waren und heute immer noch dabei sind, kannst du an einer Hand abzählen, aber die Zahl derer, die mal einen Stein geworfen haben und heute z.B. StudienrätInnen sind, geht in die tausende. Oder: der Prozentsatz derer, die schon beim Häuserkampf 80/81 dabei waren und heute noch aktiv sind, ist zwar deutlich größer, aber auch die Masse der HäuserkämpferInnen ist integriert. Das Problem der Autonomen ist mit, daß es sich wesentlich um eine Jugendrevolte handelt und die Mehrheit spätestens mit 30 andere Wege geht - ob daß nun verwerflich ist, ist eine andere Frage, aber es ist erstmal Fakt. Eine aufständische Kultur und Lebensweise ist individuell nicht konservierbar, überlebt sich, auch ihre "Lebenslügen" nutzen sich ab. Besonders unsere oft geschmähte alternative Ökonomie ist hier als Auffangspunkt gegen den ökonomischen Druck zur Anpassung zu beachten. Aber noch gibt es keine widerständische Kultur der 40-Jährigen.

In diesem kulturellen und sozialen Konglomerrat sind die Autonomen (oder früher die Spontius) der radikalste und explizit politische Flügel, der am existenzielsten und militantesten für seine Ideen und Interessen eintritt. Ohne diesen Hintergrund sind die "KaderInnen" der Autonomen ein lächerlicher Haufen von politischen Wichtigtuern, aber mit diesen sind die Autonomen die Hefe im Teig. Und an den Punkten, wo es gemeinsame Berührungspunkte der verschiedenen Teilszenes gibt (Anti-AKW, IWF, Häuserkampf, etc) entsteht die politische Stärke der Autonomen. Übrigens, auch die Grünen sind ein politischer Flügel dieser kulturellen Klasse"

Und ein weiterer Aspekt: Genau diese Herausbildung einer eigenen Kultur macht unsere Stärke im Vergleich zu Italien und Frankreich aus, die es uns im Unterschied zu ihnen ermöglichte auch nach heftigen Angriffen der Herrschenden zu überleben (z.B. '77). Die 'zig Jugend-, Kultur- und Autonome - Zentren, Kneipen, Kollektive etc., die es bei uns gab und gibt sind "unsere Berge" in die wir uns zurück ziehen können, trotz der Doppeldeutigkeit, daß dies gleichzeitig ein Kaltstellen im eigenen Ghetto ist. Nur im Vergleich zu z.B. Padua in Italien, wo es selbst in Hochzeiten 77 keine einzige "autonome" Kneipe gab, fällt auf wie wichtig diese alltägliche Infrastruktur ist. Wenn du nicht im Alltag als "soziales Miliez präsent bist, bist du zu leicht auf der politischen Ebene zu besiegen und danach ist dann nichts mehr.

Für den größten gesellschaftlichen Einbruch halte ich immer noch den Uni-Streik im Winter 88/89, weil hier von hundertausenden autonome Verhaltensweisen, Politikformen und Inhalte aufgegriffen und auf die eigenen Verhältnisse verwendet wurden. d.h. es wurden VV' s zur zentralen Entscheidungsinstanz, durch die Besetzungen und dem Leben von tausenden von Leuten in den Unis ging s um das ganze Leben, die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Unis durch die StudentInnen, gegen die kapitalistische Verwertung der Uni, unser'm Willen etwas zum lernen und ganz wichtig auch der deutlich antipatriarchale Charakter gegen die Männerunis. "Aber halt" höre ich schon alle aufschreihen, daß war doch alles inhaltlich so verwässert und so leicht reformistisch zu vereinnahmen. Ja aber, so ist es eben, wenn das "Volk" unsere Inhalte aufgreift, das wird dann nicht die "reine Lehre" sein und daß es vereinnahmt wurde, heißt nicht das es falsch war, sondern zeigt nur unsere Schwäche so einen Kampf auch durchzusetzen. Aber nur so ist eine Revolution im autonomen Sinne denkbar. Als ein gesamtgesellschaftliches Aufgreifen von autonomen Verhaltensweisen von FabrikarbeiterInnen, von den BewohnerInnen der Stadtteile und Dörfern, von den Frauen, von den Immigrantinnen. Und das ist nur als sozialer Prozess der Entmachtung von Herrschaftsstrukturen vorstellbar, die durch das allgemeine selbstbestimmte Verhalten in sich zusammen brechen, aber nicht als Sturm auf's Rathaus (dies vielleicht nur als letzte, als abschließende, quasi nur noch symbolische Aktion) Eine leichte Ahnung wie soetwas aussehen könnte, erlebten wir im Herbst '89 in der DDR und im Ostblock, aber da war nur das System reif zum Sturz, aber nicht die Menschen für eine selbstverwaltete Gesellschaft.

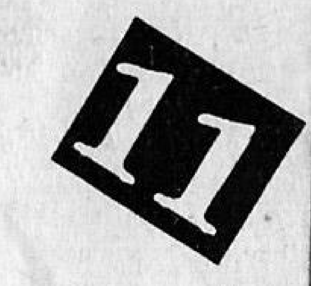
In der BRD sind zur Zeit keine Entwicklungen absehbar, die einen bedeutenden Teil der Bevölkerung gegen das System stellt. Es wird sicher heftige Kämpfe der DDR-Bevölkerung um möglichst schnelle Gleichstellung mit dem Westen geben, aber wenn die BVB-U-Bahn-FahrerIn gleich viel verdient wie die BVG-WestkollegIn sind diese Kämpfe befriedigt. Sicher wird es heftige Kämpfe um das Bleiberecht der AusländerInnen geben und antifaschistische Abwehrkämpfe, aber ein zentraler gesellschaftlicher Konflikt wie der Anti-AKW-Kampf Ende der 70er oder gar ein Kampf um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist im Moment nicht absehbar.

Diese grundsätzliche Beschreibung des autonomen Anliegens als primär kultureller Kampf würde ich bis Mitte (oder Ende) der 80er gelten lassen, nun setzt eine neue Entwicklung ein, an deren Anfang wir uns bewegen. Die Beschreibung als "kulturelle Klasse" ist heute überholt - ein Teil ist fest integriert als neue Mittelschichten, ein Teil ist so an den Rand gedrängt, so daß sie sich als soziale Klasse von Marginalisierten neu konstituieren. Aber da das soziale Erleben der BRD-Wirklichkleit so individualisiert ist, ist die kulturelle Klammer als der Punkt, wo die unterschiedlichen Einzelschicksale zusammen kommen extrem wichtig, bzw der entscheidende Punkt. All' die Marginalisierten können nur über eine gemeinsame Kultur die Trennungen und Unterschiedlichkeiten überbrücken und sich somit als "soziale und kulturelle Klasse" gegen die BRD-Gesellschaft konstituieren. Ein erster Ausdruck dieser neuen Zusammensetzung sind die von über 10.000 Menschen getragenen revolutionären 1. Mai-Demos in Berlin.

Machs immer noch gut, Alter

bis bald

Tecumseh



Gemeinsam gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus

Wie es in den letzten Jahren der Fall war, daß am 20.April die Faschisten auf der Strasse Terror ausübten, werden sie auch dieses Jahr den 20.April dazu benutzen. Betroffen davon sind vor allem Frauen, Lesben, Schwule, Ausländer/innen und Linke. Dieser Tag (Hitler's Geburtstag) wird von den Faschos besonders zu militanten faschistischen Massenaktionen benutzt. Um zu verhindern, daß sie dieses Datum zur Tradition erheben, müssen wir als Antifaschisten/innen selber auf die Strasse gehen und uns nicht einschüchtern lassen. Damit müssen wir ihnen die Möglichkeit nehmen, auf der Strasse präsent zu sein.
Wir werden uns nicht nur gegen militante Nazibanden wehren, sondern müssen auch damit rechnen, daß dieser rassistische bürgerliche Staatsapparat uns angreift. Dieser Staat übt tagtäglich Gewalt gegen uns aus(z.B. durch die Ausländer/innengesetze). Denn, wir werden als Sündenböcke für die sozialen Mißstände, die dieses System selber produziert(Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit usw.), dargestellt.
In den letzten zwei Jahren haben sich an diesem Tag ausländische Jugendliche spontan zur Wehr gesetzt. Der praktische Kampf gegen die Nazis und die Bullen wurde vor allem von ihnen getragen.
Als Antifaschisten/innen müssen wir am 20.April mit ihnen zusammen auf die Strasse gehen und für den proletarischen Internationalismus kämpfen. Aus diesem Grund :

"Alle auf die Strasse."

20.00 Uhr Kottbusser Tor

Keinen Fußbreit den Faschisten

Antifasist Genclik

VOLLVERSAMMLUNG !!!!!!

VOLLVERSAMMLUNG ZU DEN ANTIFA-AKTIONEN ANLÄßLICH DES 20.4.91
- SELBSTSCHUTZ VOR NAZI-ANGRIFFEN
- DEMO IN KREUZBERG AM 20.4.

am Donnerstag, den 18.4. um 19.00 Uhr im Mehringhof Versammlungsraum 1.St.

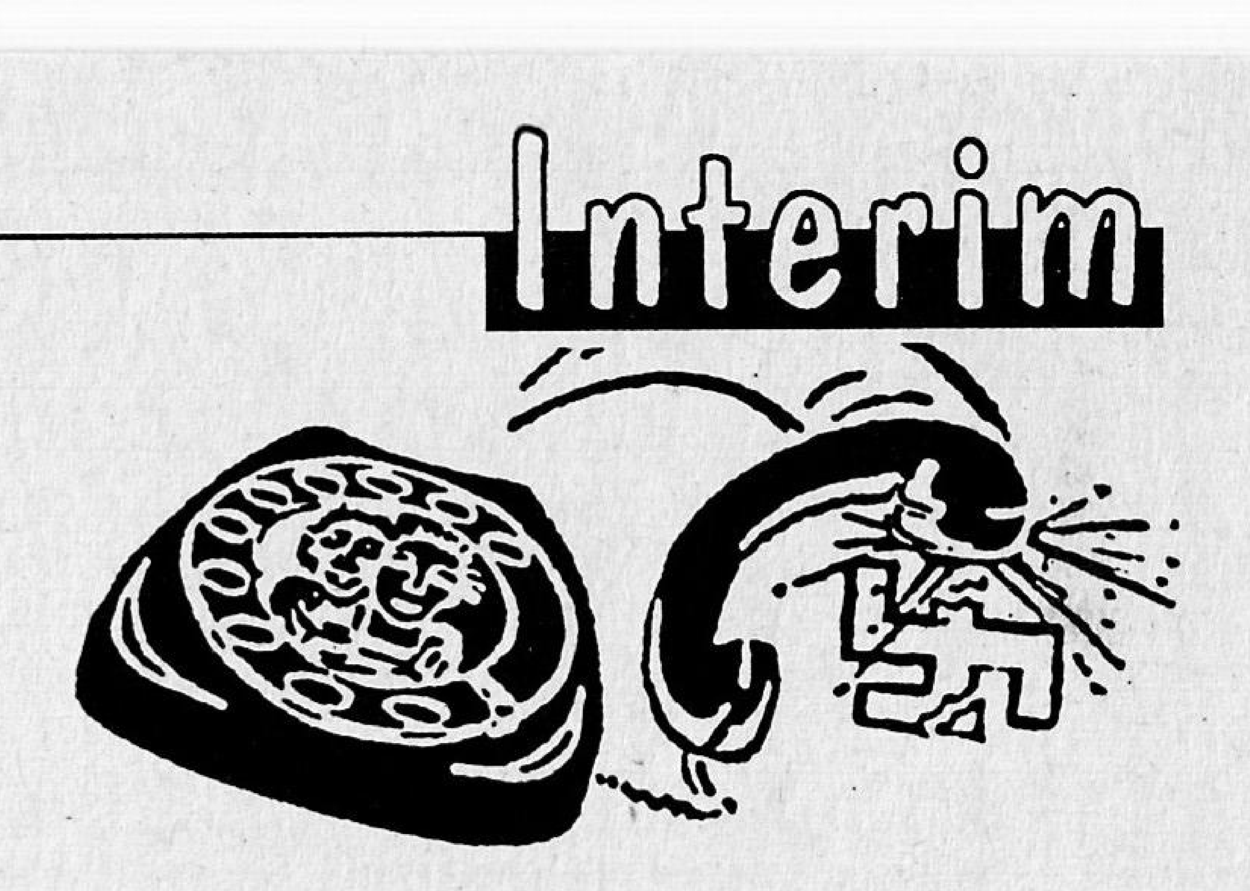


IRKÇILIĞA VE NAZİ TERÖRÜNE KARŞI BİRLİKTE MÜCADELE EDELİM !

Antifa - Infotelefon

AUSGEWÄHLTE MELDUNGEN

DER INFOTELEFONE



Einige Infotelefone dieser Stadt (diesmal das Antifainfo- und das Antirassistische Telefon) veröffentlichen regelmäßig ausgewählte Meldungen. Die Meldungen betreffen hauptsächlich rassistische, faschistische und antisemitische Diskriminierungen/Übergriffe, faschistische Organisierung und Gegenaktionen. Es ist uns klar, daß nur ein Bruchteil der Übergriffe bei den Telefonen gemeldet werden. Diese Dokumentation soll dazu dienen, unsere Informationen einem größeren Kreis von Menschen zugänglich zu machen. Gleichzeitig fordern wir euch auf, einzugreifen, das Wegsehen und Schweigen aufzubrechen und eure Informationen und Erfahrungen an die entsprechenden Telefone weiterzuleiten.

ANTIFA-INFOTELEFON BERLIN (WEST,692 15 99)
SAMSTAGS VON 16 BIS 22 UHR

Wir bekommen bisher hauptsächlich Meldungen über faschistische Angriffe oder Anpöbeleien, aber selbst davon nur einen Bruchteil. Was uns zumindest genauso wichtig ist, sind Meldungen über die Strukturen und die Organisierung von Faschos. Falls ihr davon etwas mitbekommt, meldet es oder schickt es (z.B. Faschopropaganda) an uns:
Antifa-Infotelefon, Gneisenaustr. 2a, W 1000 Berlin 61

Auswertung vom Bundesparteitag der FAP

Im Vorfeld kamen 2 Meldungen rein: Am 19.1. soll ein Bundesparteitag der "Freiheitlich deutschen Arbeiterpartei" stattfinden. Treffpunkt ist zwischen 12 und 13 Uhr an den 3 berliner Rasten Dreilinden, Avus und Grunewald. Außerdem will ein Mensch in der U-Bahn gehört haben, wie sich 2 Faschos über den Parteitag unterhielten und von Reisebussen aus Essen und dem Rheinland sprachen.

Tatsächlich fand an dem Tag ein Treffen des FAP-Flügels von Friedhelm Busse, der mit dem Kühnen-Flügel konkurriert, statt. Durch eine Veröffentlichung der Einladung in der Interim waren die Faschos warscheinlich schon vorgewarnt, hielten aber größenteils an ihrem Konzept fest. Es erfolgten mehrere Behinderungen:

Das Kontakttelefon von Karl Polacek wurde blockiert, so daß die Faschos nur über die Kontaktleute den Ort des Parteitages erfuhren. Zu spät kommende Faschos hatten das Nachsehen. An den Rasten waren neben Antifas und Faschos etliche Bullen -warscheinlich durch den Interim-Artikel informiert- anwesend.

Durch Verfolger-Abhäng-Spielchen aufgehalten, trafen die Faschos erst gegen 17 Uhr an ihrem Versammlungsort ein: in einem Gebäude an der Radrennbahn in Berlin-Weißensee. Dort versammelten sich zwischen 100 und 150 Faschos. Die Antifa mobilisierte erst 2 1/2 Stunden später zum S-Bhf. Ernst-Thälmann-Park. Dort sollte eine Demo zum Fascho-Treffpunkt losgehen. Um 19.30 Uhr trafen sich dort ca. 300 Antifas, die sofort von den Bullen begleitet wurden. Danach versprengten sich die Antifas in alle Richtungen. Wegen Ortsunkundigkeit u.a. gab es kein Treffen mehr am Versammlungsort der Faschos.

Diese hatten gegen 19 Uhr den Ort verlassen. Zuvor hatte eine Hundertschaft Bullen bei ihnen vorbeigeschaut und die Personalien festgestellt. (Sie suchten Thorsten Heise, der wegen "versuchter Körperverletzung" einen Haftbefehl offen hatte. Er ist im Februar in Berlin verhaftet worden.) Nach dem kurzen Treffen wurden die Faschos unter großem Aufwand von den Bullen sicher weggeleitet.

Am Sonntag den 24.2.'91 fand der 3. Landesparteitag der "Nationalen Alternative" im "Jugendheim am Tierpark" in Ostberlin statt. An ihrem Treffpunkt am S-Bahnhof Lichtenberg sammelten sich etwa 50 Faschos.

Die Republikaner führten am Samstag den 26.3. ihren 5. Landesparteitag in der Gaststätte "St. Hubertus" in der Schulzendorfer Str. 3 in Reinickendorf ungestört durch. Nur in der Nacht zuvor wurden Steine gegen das Lokal geschmissen und eine Speisekarte beschädigt. Aus diesem Grunde verlangten Bullen die Personalien von einem der wenigen Menschen (ungf. 15), die vor der Gaststätte am Samstag gegen die Reps protestierten.

Am selben Wochenende (26./27.3.'91) trafen sich die "Jungen Nationaldemokraten" zu ihrem 20. Bundeskongress in Potsdam. Während sie zumindest am Samstag in der Potsdamer City präsent waren, gab es keine Antifa-Aktionen.

Wir bekommen öfter Meldungen über Fascho-Schmierereien in Ost- und Westberlin. In Kreuzberg sind z.B. am Kottbusser Damm, Zickenplatz und im 61-ger Kiez Hakenkreuze zu sehen. Es ist an der Zeit mal was dagegen zu machen!!!

ANTIRASSISTISCHES TELEFON (WEST, 861 94 22)

MONTAGS 17.30 BIS 20.30 UHR UND FREITAGS 14.30 BIS 18.00 UHR

Wir wissen, daß besonders in Ost-Berlin und Umgebung (aber auch in den anderen Bundesländern) die gewalttätigen rassistischen Übergriffe in den letzten Monaten massiv zugenommen haben. Die Situation ist mittlerweile unerträglich, ein Schutz der Betroffenen nicht gewährleistet. Die Polizei verhält sich gleichgültig und untätig. Viele von rassistischer Gewalt Betroffene wagen es nicht mehr, an die Öffentlichkeit zu gehen. Trotz der ständigen Zunahme von gewalttätigen rassistischen Übergriffen, gehen konkrete Infos darüber bei den West-Berliner Infotelefonen nur spärlich ein. Diese Infos können wir auch deshalb nicht dokumentieren, weil die Betroffenen Angst vor noch größeren Repressalien haben.

1.) eingegangen am 17.12.90

16.12. gegen 24.00 Uhr, U-Bahn Linie 9 zwischen Nauener Platz und Osloer Str.:

3 oder 4 türkische Jugendliche steigen singend und laut miteinander redend am Nauener Platz in die U-Bahn. Die BVG-Angesstellte am Nauener Platz hatte sich schon eine Weile lauthals über die Jugendlichen und deren "Krach" beschwert.

An der Endhaltestelle Osloer Str. steigen die Jugendlichen aus und werden von 4 Polizisten in Zivil festgehalten, an die Wand gedrängt und durchsucht. (Die Zivis sind laut den Angaben der Jugendlichen schon im gleichen U-Bahn-Wagen mitgefahren.) Zwei PassantInnen beobachteten das Geschehen und forderten die Zivis auf, ihr brutales Vorgehen zu beenden. Daraufhin werden die beiden PassantInnen und die Jugendlichen in den BVG-Raum geführt und ihre Personalien aufgenommen.

Schließlich erscheint die BVG-Angestellte vom Nauener Platz und behauptet, die Jugendlichen hätten in den letzten Tagen in der Umgebung des Nauener Platzes Mülleimer demoliert. Auf Nachfragen konnte die BVG-Angestellte die Jugendlichen allerdings nicht als die Täter identifizieren.

Einer der PassantInnen wurde mit einer Anzeige wegen Behinderung einer Amtshandlung bedrohnt. Schließlich konnten die Jugendlichen und die beiden PassantInnen den U-Bahnhof verlassen.

Kommentar:

Die Begleitung in den U-Bahnen durch Zivis, privatem Wachschutz und uniformierten Polizisten erfolgt offiziell aus Sicherheitsgründen. Es zeigt sich jedoch,- und das ist auch bei diesem Vorfall zu vermuten - daß es vielmehr darum geht bestimmte Gruppen von Jugendlichen zu kiminalisieren und mit deren Personalien die Datensammlung der Polizei zu vervollständigen. Nichts läßt darauf schließen, daß es bei diesen sog. "Sicherheitsmaßnahmen" um die Verhinderung von rassistischen Übergriffen



geht. Wie sollte es auch, wenn das Verhalten der "Sicherheitskräfte" in erster Linie als rassistisch zu bezeichnen ist?

2.) eingegangen am 11.1.91

Zwei türkischen Jugendlichen wird der Zutritt zu den Discotheken "Route 66" und "Flashdance" verwehrt. Ihre beiden deutschen Freunde können ungehindert die Discotheken betreten.

Kommentar:

Immer wieder erhalten wir Meldungen über rassistische Methoden in Discotheken. Unter scheinheiligen Vorwänden oder auch ganz offen wird Angehörigen ethnischer Minderheiten der Zutritt zu bestimmten Discos und Kneipen verwehrt.

Wenn Ihr als BesucherInnen von Discotheken solche Vorfälle mitbekommt, schaut und hört nicht weg, sondern greift ein verlangt z.B. eine Stellungnahme des/der Geschäftsführer/-führerin, macht diese Praktiken öffentlich und ruft gegebenenfalls zum Boykott von solchen Discotheken auf.

3.) eingegangen am 25.1.91

Der Vorfall ereignete sich Mitte Januar vor dem Kaufhaus "Woolworth" in der Hauptstr.:

Ein türkischer Mann mußte sich am Eingang des Kaufhauses einer Taschenkontrolle unterziehen. Auf seinen Protest gegen diese Belästigung wurde ihm mitgeteilt, daß das Sicherheitspersonal den Auftrag habe, alle "Schwarzköpfe" (Ausdruck des Woolworthangestellten) zu durchsuchen. Auf Grund von Bombendrohungen würden alle "ausländisch" oder "orientalisch" aussehenden Menschen, die bei Woolworth einkaufen wollten, kontrolliert.

Kommentar:

Die Hetze und die Repressionen gegen Menschen, die aufgrund ihres Äußeren pauschal verdächtigt werden, Anschläge zu begehen, hat sich einmal mehr im Zusammenhang mit dem Golfkrieg verschärft (siehe dazu auch weiter unten).

4.) eingegangen am 4.2.91

2.2.91, abends im Cafe Nord, in der Schönhauser Allee in Ost-Berlin:

Zwei türkischen Männern wurde der Einlaß verwehrt mit der Begründung, sie benötigten einen Clubausweis. Einer der beiden Männer war allerdings schon einige Tage vorher im Cafe Nord und wußte deshalb, daß solche Clubkarten überhaupt nicht benötigt werden. Es kam zu verbalen Auseinandersetzungen mit den Angestellten des Cafes und zu rassistischen Beschimpfungen von seiten des Personals. Schließlich verlangten die beiden Männer den Geschäftsführer, der ebenfalls bestätigte, daß eine Clubkarte (die nicht existiert) für den Einlaß benötigt wird. Die beiden Männer riefen die Polizei, um Anzeige wegen Beleidigung zu erstatten. Zunächst weigerten sich die Polizisten, die Anzeige aufzunehmen. Außerdem versuchten sie die beiden Männer (angeblich auf Anweisung des Geschäftsführers, was sich als Lüge herausstellte) aus dem Cafe zu drängen. Die Polizisten waren auf Nachfrage weder bereit ihre Dienstnummer noch ihren Nammen zu geben.

Erst nach langwierigen Auseinandersetzungen konnten die beiden Männer Anzeige wegen Beleidigung erstatten. Außerdem wollten sie gegen das Verhalten der Polizisten vorgehen. Zum Zeitpunkt der Zusammenstellung der Meldung war es noch unklar, ob die Staatsanwaltschaft den "Fall" weiterverfolgen wird.

5) eingegangen am 1.3.91

Eine Anruferin berichtete über einen Vorfall von rassistischer Behandlung von Fahrgästen durch einen Busfahrer der BVG. Wir drucken das Gedächnisprotokoll der Anruferin ab (Der Vorfall ereignete sich bereits im November 1990): 17.18 Uhr am Heubnerweg, Linie 74, Wagennummer 2139

Nachdem alle Fahrgäste im Bus Platz genommen hatten, kam der Busfahrer in den hinteren Teil des Wagens und kontrollierte nur von ausländischen Fahrgästen die Fahrausweise (es waren zum größten Teil Monatsfahrkarten, die die Passagiere beim Einstieg vorgezeigt hatten - ich hatte mich nach der zweiten Kontrolle mit ihnen unterhalten). Als ein Berliner (Deutscher, Anm. d. Verf.) sofort reagierte und ebensfalls seinen Ausweis zeigen wollte, wurde er zurückgewiesen. Er bestand beharrlich darauf, doch der Busfahrer wies ihn ab - er habe ihn nicht darum gebeten. Eine kontrollierte Frau meinte daraufhin: (...) er habe ja auch keine schwarzen Haare wie sie (selbst). Es ging mir dabei auch um den Ton des Busfahrers, der alles andere als freundlich war. (...)

Kommentar:

Die Bemühungen der Anruferin bei der BVG Beschwerde gegen das Verhalten des Busfahrers

einzulegen, blieben bisher ohne Erfolg. Der Busfahrer hat ausgesagt, daß es sich lediglich um eine Routinekontrolle gehandelt hätte, da er die Fahrausweise nicht gesehen hätte.

Zu den Repressionen gegen arabische BürgerInnen

In den letzten Wochen waren unsere Aktivitäten bestimmt durch staatliche Repressionen gegen arabische BürgerInnen. Im Zusammenhang mit dem Golfkrieg erhielten arabische BürgerInnen Vorladungen zu Gesprächen mit dem Staatsschutz, Wohnungen wurden durchsucht, die Betroffenen wurden bespitzelt, zum Teil inhaftiert und erhielten sog. Verfügungen von der Ausländerbehörde. In den Verfügungen, die an eine uns unbekannte Zahl (offiziell 17) von arabischen BürgerInnen verschickt wurden, wird ihnen jegliche politische Tätigkeit untersagt, sie dürfen das Land Berlin nicht verlassen und müssen sich zweimal wöchentlich bei der Polizei melden. Begründet wurden diese "Maßnahmen" mit dem Aufruf Saddam Husseins, Anschläge zu verüben. Menschen wurden und werden lediglich aufgrund ihrer Herkunft als "potentielle Terroristen" verdächtigt. Verkauft wurden all diese rassistischen Repressionen als Sicherheitsmaßnahmen.
Wir meinen jedoch, daß es u.a. darum geht, Angst und Verunsicherung innerhalb der arabischen Community zu stiften und somit den Wiederstand gegen den Golfkrieg zu schwächen, Menschen arabischer Herkunft mundtot zu machen. Der Krieg ist nun offiziell beendet, die Verfügungen wurden jedoch zum Zeitpunkt als diese Dokumentation gedruckt wurde, nach wie vor nicht zurückgenommen!
Geplant ist in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Gruppen, eine Dokumentation zu den Repressionen im Zusammenhang mit dem Golfkieg. Deshalb gehen wir an dieser Stelle nicht näher auf das Thema ein.

DIESE DOKU KÖNNT IHR BEKOMMEN BEI:
Literaturcafé, Conrad-Blenkle-Str.1, Prenzlauer Berg 1055
Welt-Zentrum, Winsstr.53, Prenzlauer Berg 1055
Bandito Rosso, Lottumstr.10a, Prenslauer Berg 1054
AStA TU, Marchstr.6, 1/12
Aurora, Knobelsdorffstr.8, 1/19
Linde, Sophie-Charlottenstr.97, 1/19
Grünkern, Adamstr.14, 1/20
KOB, Potsdamer Str.157, 1/30
AStA FU, Kiebitzweg 23, 1/33
Buchladen O21, Oranienstr.21, 1/36
ADA, Reichenberger Str.63a (2.HH), 1/36
Kiezladen, Falckensteinstr.46, 1/36
Lunte, Weisestr.53, 1/44
Syndikat, Weisestr.56, 1/44
Antifaşist Gençlik, c/o Halk Evi, Kottbussser Damm 74, 1/44
Buchladen im BAZ, Oranienstr.159, 1/61
Ex, Gneisenaustr.2a, 1/61
Schwarze Risse, Gneisenaustr.2a, 1/61
Rat und Tat, Liebenwalder Str.16, 1/65
Oromo-Zentrum, Prinzenallee 81, 1/65

Spektakel

Was ist los am 27. April?

Spektakel in Kreuzberg

gegen Miethaie und StadtverplanerInnen

12[00] Uhr Oranienplatz

Ein Umzug vorbei an Wohnungen und Werkstätten, deren NutzerInnen vorm Rausschmiß stehen. Mit Herz, Witz und Verstand - bunt und laut. Und wenn es sein muß, ungemütlich: Als Zeichen, daß wir uns nicht vertreiben lassen, von staatlichen Saubermännern und vom Mietwucher profitgeiernder Hauseigentümer.
Hauptstadt, Olympiastadt, Europametropole Berlin - Nein Danke!
Wenn Euch das auch unter den Nägeln brennt, beteiligt Euch:
Ruft an beim Infotelefon, wenn ihr selbst vorm Rauswurf steht - auf dem Umzug kann auch über euer Beispiel berichtet werden. Es gibt viel zu tun, daß die nächste Kündigung unseren Vermietern im Halse stecken bleibt!
Macht mit: Musik, Theater, Feuerspucken...
Hängt Transparente aus euren Wohnungen, Wagen, Projekten...



Ob in Kreuzberg, Friedrichshain oder anderswo - Wir bleiben
Infotelefon: Tel. 612 59 06, Mo-Fr 16-18 Uhr

UnterstützerInnengruppe: "Wir bleiben in SO 36"

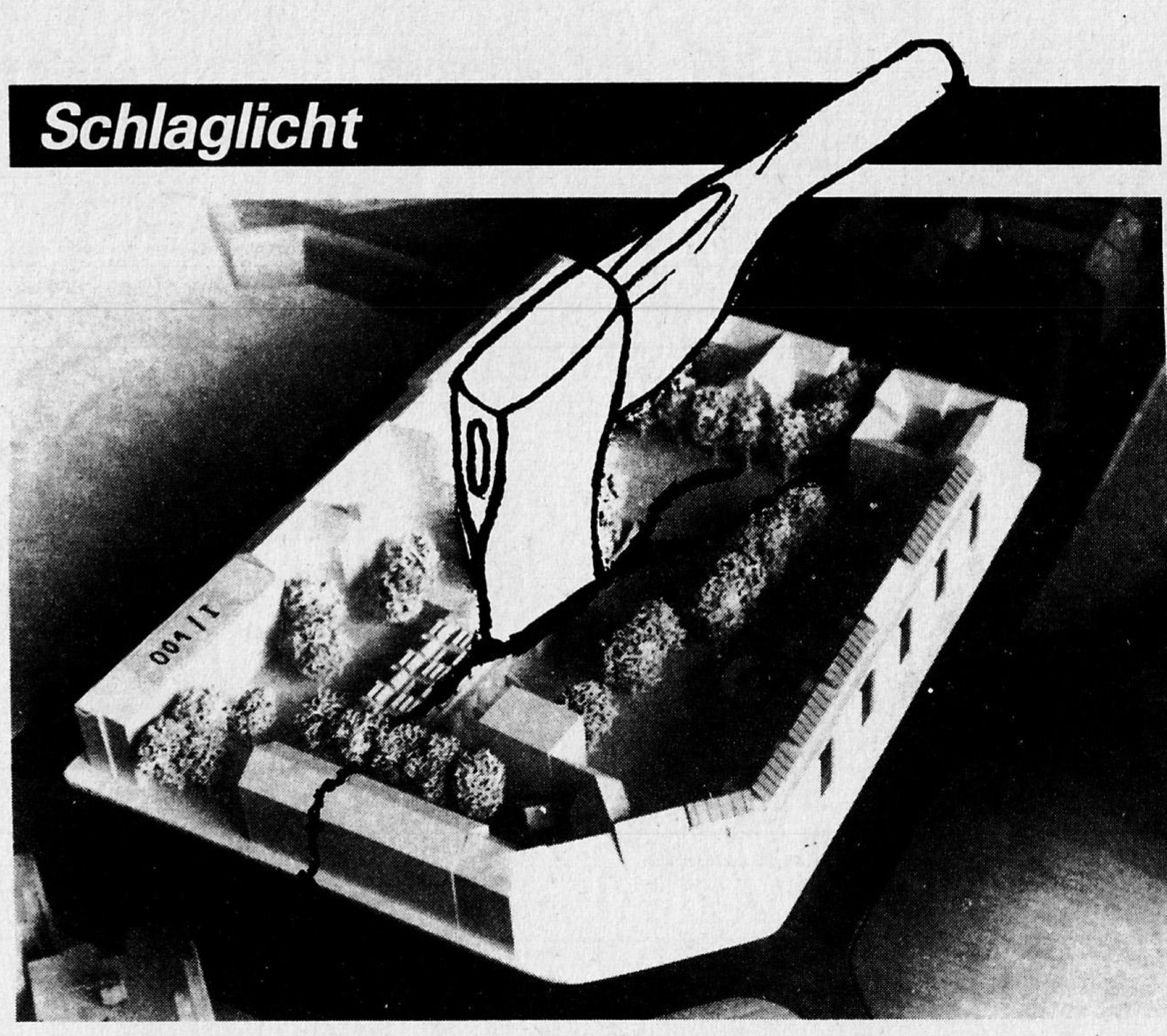


Ist unser Winterschlaf in SO 36 vorbei?

Am Montag, dem 15. April 1991 findet im Stadttor am Schlesischen Tor (ehemals Kato) eine Ausstellungseröffnung mit Bausenator Nagel und viel Presse statt. Das Ganze dreht sich um den Bauwettbewerb am Moritzplatz, der drei Großprojekte beinhaltet: das Ost-West-Handelszentrum (ökologisch wertvoll, versteht sich), der neue Opel-Gillwald-Komplex und ein großes Wohn- und Gewerbegebäude mit sozialem Touch (KiTa, allgemeine Jugendberatung). Das Thema lautet: "Behutsame Stadterneuerung unter ökologischer Zielsetzung - Wettbewerbsergebnisse Moritzplatz".

Daß sich unser "City"-Kiez rasant verändert, erleben wir alle. Doch im Gegensatz zu 1987, wo es eher eine schleichende Veränderung gab, und wo vor der Umstrukturierung mit Kiez-Demos und sonstigen Aktivitäten und Kübelaktionen gewarnt wurde, gibt es heute, wo die Umstrukturierung deutlicher Realität geworden ist, kaum Ansätze von Widerstand von unten. Die Kampagne "Wir bleiben in SO 36" wird, gemessen an dem, was notwendig wäre, nur spärlich wahrgenommen und getragen.

Das Edellokal "Maxwell" war damals schon Ausdruck (bevor es weggekübelt wurde) für das Bedürfnis einer gutsituierten Mittelschicht, die sich im etwas schicker gewordenen, kulturell reizvollen 36 niedergelassen hatte. Seit einem Jahr schießen diese teuren Yuppie-Restaurants wie Pilze aus dem Boden. Die Infrastruktur verändert sich zum einen durch die enormen Gewerbemietsteigerungen, zum anderen aber auch durch die gewachsene Nachfrage nach gehobenem Standard. Dazu tragen auch solche Großprojekte bei, wie sie am Moritzplatz geplant sind.



1. Preis: Der Entwurf von Langenfeld für den Block 56
Rechts das Grundstück des Opel-Gillwald-Wettbewerbs

Das Ost-West-Handelszentrum hat jetzt schon 180 Mietverträge zu einem Quadratmeterpreis von DM 86.- abgeschlossen. Dementsprechend kommen auch Firmen mit MitarbeiterInnen hierher, die entsprechend essen, wohnen und einkaufen wollen.

Eigentlich geht es nicht darum, unseren Dorfcharakter, den es in seiner Idylle sowieso noch nie gab, zu verteidigen. Es wäre natürlich schöner, aber auch notwendig, nicht nur das Übelste abwehren zu wollen, sondern gleichzeitig eigene Vorstellungen, Utopien und Gegenmacht zu entwickeln, wie wir hier leben wollen. Aber vielleicht ist das zuviel auf einmal verlangt.

Zurück zum Ausgangspunkt:

Wir hatten zufällig von Nagels Besuch erfahren. Nach kleineren Recherchen stellten wir fest, daß solche Besuche in der letzten Zeit häufiger vorkamen, Bauprojekte "klammheimlich" hochgezogen werden (aus der ehemaligen Bechsteinfabrik wird z.B. eine Art Yuppiegewerbezentrum) oder Häuser (Forsterstraße 20, Billigtankstelle Forsterstr./Reichenbergerstr.) einfach abgerissen oder geräumt (Lübbi) werden.
Wir können uns nicht auf alte Stärken oder Strukturen verlassen.
Ein neuer Versuch beginnt!

Laßt uns den Winterschlaf beenden, und begrüßen wir die Bauplanung am Moritzplatz und Bausenator Nagel auf unsere Art:

am Montag, 15. April um 10:30 Uhr, Stadttor, U-Bahnhof Schlesisches Tor

Um 19:00 Uhr soll ein Rundgang durch die Ausstellung mit Erläuterungen der Ergebnisse und anschließender Diskussion mit Preisträgern und Preisrichtern beginnen.

UnterstützerInnengruppe "Wir bleiben in SO 36"

AKTIONSTAGE vom 20.4 bis 29.4.



AKTIONSBÜNDNIS GEGEN MIETENEXPLOSION

Unterstützerinnen u.a.:

Berliner MieterGemeinschaft, Berliner Mieterverein, Bezirksgruppen Lichtenberg und Prenlauer Berg, Mieterinitiative Trelleborgerstr. (Pankow), Bürgerkommitte Wohnbereich 30 (Pankow), Mieterinitiative Botzowviertel (Prenzlauer Berg), Mieterinitiative Winsstr. (Prenzlauer Berg), Unabhängige Bürgerinitiative Mieterladen (Friedrichshain) BesetzerInnenräte Mitte, Prenzlberg, Friedrichshain Bündnis 90/ Grüne (AL)/ UFV-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Elisabeth Ziemer, baupol. Sprecherin Bündnis 90, Berliner FrauenfrAKTION, Ilja Seifert, baupol. Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion, Gregor Gysi - MdB, PDS-Landesvorstand Berlin,Ernst Welters, Fachgruppe Gesundheit ÖTV Berlin, Peter Schultz, SPD-Friedrichshain, Fachbereichsinitiative TU Berlin, AStA-TU und viele andere



STOPPT DIE MIETENEXPLOSION!

*** Der Bundesrat will am 24. April eine Vervier- bzw. Verfünffachung der Mieten für die Neuen Bundesländer und Ost-Berlin beschließen**
*** Die vorläufige Rücknahme des Instandsetzungszuschlags durch die Bundesregierung bedeutet nicht deren entgültiges Aus. Die nächste Mieterhöhung wird bereits für den Herbst geplant**
*** Das Wohngeld für die Neuen Länder und Ost-Berlin soll bereits nach einem Jahr wieder schrittweise angebaut werden**
*** Auf Anweisung des Landesamtes für offene Vermögensfragen sollen von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften bei Neuvermietungen nur noch befristete Mietverträge abgeschlossen werden**
*** Mietsteigerungen um das Zehnfache sind bei Modernisierung privater Eigentümer absehbar. Nach Schätzungen werden nur 20% der ehemals von der KWV verwalteten Wohnungen in kommunalem Besitz bleiben**
*** Lt. "Berliner Zeitung" vom 5.4.91 wird für den Herbst mit einem dramatischen Anstieg von Räumungsklagen und Zwangsräumungen gerechnet**
*** Eine Mietenexplosion im Ost-Berlin wird auch nicht ohne Wirkung auf West-Berlin bleiben. Der Quadratmeterpreis auf dem "freienWohnungsmarkt" beträgt jetzt schon durchschnittlich 20 DM. Zudem sollen zum Jahresende die Mietpreise bei Neuvermietungen freigegeben werden**

WEHREN WIR UNS BEVÖR ES ZU SPÄT IST
AKTIONSTAGE GEGEN MIETENEXPLOSION VOM 20.-29.APRIL 1991

Samstag, 20.April: * BEZIRKSTAG
Informationsstände, Unterschriftenssammlungen, Mahnwachen und Kundgebungen in den Bezirken

Montag, 22.April: * Pressekonferenz des Aktionsbündnisses:
Mietenexplosion in der Metropole Berlin
11 Uhr, MieterGemeinschaft, Möckernstr. 92
* Im Anschluß an die MONTAGSDEMO, 18 Uhr Alex:
KUNDGEBUNG VOR DEM AMT FÜR OFFENE VERMÖGENS-FRAGEN, Klosterstr. 59: Dort stapeln sich die Rückgabeanträge der privaten Eigentümer und dieses Amt hat wesentlichen Anteil daran, daß Ost-MieterInnen bei Neuvermietung nur noch befristete Verträge bekommen sollen

Dienstag, 23.April: * RATHAUS SCHÖNEBERG
11.55 UHR: Übergabe der Protestunterschriften durch das Aktionsbündnis und den Berliner Mieterverein
* TU Berlin, FB Architektur: **Fachbereichstag zur Wohnungsnot**

Mittwoch, 24.April: * Bundesratsentscheidung zu den Mieterhöhungen, evtl. Kundgebung (wird noch bekanntgegeben)
* TU Berlin, FB Architektur: **Fachbereichstag**

Donnerst.,25.April: * Tag der MieterInnenversammlungen

Freitag, 26.April: * 3.te Versteigerung von Ost-Berliner Mietshäusern wurde von Herrn Plettner anlässlich der Aktionstage um eine Woche verschoben.
Deshalb: **Kundgebung 3. Mai, Palace Hotel**

Samstag, 27.April: * BEZIRKSTAG (s.o.)
* "KEIN PLATZ FÜR MIETHAIE UND STADTVERPLANERiNNEN" - **KIEZDEMONSTRATION IN KREUZBERG**, 12 Uhr, Oranienplatz

Montag, 29. April: "DAS LÄNGSTE TRANSPARENT DER WELT" MIETER UND MIETERINNEN PROTESTIEREN MIT EINER TRANSPARENTKETTE GEGEN DIE MIETENEXPLOSION ZWISCHEN ORANIEN- UND ALEXANDERPLATZ
Auftakt: 17 Uhr, Oranien- und Alexanderplatz
Route: O-Platz - Leuschnerdamm - Waldemarstr. - Adalbertstr. - Melchior - Michaelikirchstr. - Köpenicker - Brückenstr. - Jannowitzbrücke - Rolandufer - Klosterstr. - Jüdenstr. - Rotes Rathaus - Alex

MACHT MIT, MELDET EUCH BEIM INFOTELEFON DES AKTIONSBÜNDNISSES
O-2292081; W-2168001/2159099

TREUHANDANSTALT

Niederlassung Berlin

Schneeglöckchenstraße 26
O-Berlin 1055

Telefon: 43 40
Telefax: 434 26 22

Berlin, den 2.4.91

Nachdem wir uns von unserem nächtlichen Ausflug erholt haben, die Medien auf uns wirken ließen und das mitgenommene Material gesichtet haben, melden wir uns wieder zu Wort:
Wir sind weder die Stasi noch Wirtschaftskriminelle oder deren HelferInnen.
Daß wir vom Osten (bzw jetzt vom Stasi) bezahlt werden, hören wir nun schon seit Jahrzehnten. Uns war aus revolutionärer Sicht (die gibts tatsächlich noch) daran gelegen, die Arbeit des Superkonzerns Treuhand ein wenig zu sabotieren und einige Machenschaften aufzudecken.
Deswegen suchten wir auch die Abteilungszimmer samt Vorzimmer von 'Wirtschaft, Recht und Finanzen' auf. Das 4. Zimmer, das Zimmer des Vertrauensbevollmächtigten, war lediglich mit seinem Namen gekennzeichnet. Es war uns entgangen, daß dieser Name der des Richters a.D. war, der die Bürgerbeschwerden entgegennehmen soll.
Wir haben das Material aus diesem Zimmer der Wochenzeitung "die andere" zukommen lassen, damit der'Stasi-Fahnder' ebenfalls einer öffentlichen Kontrolle unterliegt.
Der Gemeinde Schollene haben wir die Unterlagen über die Übertragung ihres Gemeindeeigentums zugeschickt. Wir wollen nicht, daß der Gemeinde Gelände für die allgemeine Nutzung vorenthalten wird.
Der Millionenbetrug des Geschäftsführers des Treuhand-Unternehmens HVG interessiert uns relativ wenig angesichts des Betruges der BRD-Regierung samt ihrer Treuhand an den zu Lohnarbeit gezwungenen Menschen.
Mit Freuden sehen wir den nächsten Wochen entgegen, wo wir unser Material mit den Bekanntmachungen der Treuhand abgleichen werden können.

Mit revolutionären Grüßen

Thomas Münzers Wilder Haufen

C.K.

bruchsal, 3o.3.91

die von der bundesanwaltschaft und einem ex-mfs-mann behauptete, also eine die aktionen gegen die air base ramstein und gegen den us-general kroesen vorbereitende militärische übung oder ausbildung in der ddr hat es n i c h t gegeben. da war nichts!

aber wunderbar, wäre es denn tatsächlich so gewesen. dann hätte z.b. das kommando nicht mit der rpg in der gegend der schwarzwaldhochstrasse proben müssen - wie dann im spätsommer '81 geschehen. wer diesen touristenfreilauf und den bums der waffe kennt, kann sich das eingegangene risiko und den aufwand an absicherung vorstellen.

abgesehen davon, dass es ein neuer anlauf für anti-raf-propaganda werden soll ("5. kolonne" u.ä.), und das ja wieder an einem ganz und gar untauglichen punkt,
fällt zum kalkül der knalligen baw-geschichte natürlich sofort ein, wie die manipulation von (teilweise wirklichen) fakten das streben des westdeutschen, heute grossdeutschen staatsschutz befördert, uneingeschränkt an die bisher noch nicht greifbaren akten über die ex-ddr-bevölkerung ranzukommen - menschen, denen die erfahrung der härte einer imperialistischen staatsschutzmaschine erst noch bevorsteht.

Christian Klar

Abschrift der Erklärung der Roten Armee Fraktion:

Wer nicht kämpft, stirbt auf Raten
Freiheit ist nur möglich im Kampf um Befreiung

Wir haben am 1.4.1991 mit dem Kommando Ulrich Wessel den Chef der Berliner Treuhandanstalt Detlev Karsten Rohwedder erschossen.

Rohwedder saß seit 20 Jahren in Schlüsselpositionen in Politik und Wirtschaft.

Als Bonner Wirtschafts-Staatssekretär organisierte er in den 70er Jahren die Rahmenbedingungen, die das BRD-Kapital für seine Profite in aller Welt braucht. Er war damals z.B. maßgeblich beteiligt am Deal mit dem faschistischen süd-afrikanischen Regime: Know how für den Bau von Atom-Bomben für Süd-Afrika gegen Uran für die BRD-Atom-Industrie. In der Phase der Durchsetzung des Atom-Programms war er im Aufsichtsrat staatlicher Energie-Konzern und in internationalen Gremien.

Aber auch für die glatte Abwicklung unzähliger, oft verdeckter waffenexporte an faschistische Regimes im Trikont suchte und fand er immer Wege.

Rohwedder war schon damals einer dieser Schreibtischtäte, die tagtäglich über Leichen gehen und die im Interesse von Macht und Profit, Elend und Not von Millionen Menschen planen.

In den 80er Jahren machte sich Rohhwedder als Chef des Hoesch-Konzerns einen Namen als brutaler Sanierer. Er hat bei Hoesch in wenigen Jahren mehr als 2/3 aller ArbeiterInnen rausgeschmissen und den bankrotten Konzern zu neuen Profitraten geführt. Dafür wurde er 1983 zum Manager des Jahres gekürt.

Die Krönung von Rohwedders Karriere sollte seine Funktion als Bonner Statthalter in Ost-Berlin sein. Seit ihrer Annektion ist die Ex-DDR faktisch Kolonie der Bundesrepublik: die politischen, wirtschaftlichen und minlitärischen Entscheidungszentren liegen in Bonn bzw. bei bundesdeutschen Konzernen.

Dieser Kolonial-Status ist als vorübergehend geplant, denn die Bundesrepublik braucht für ihre Großmachtspläne die Ex-DDR als funktionierenden kapitalistischen Teil – schließlich ist das Hauptstandbein auf dem die politsche Macht hier basiert, die wirtschaftliche Potenz. Vorher soll die Wirtschaft der Ex-DDR genauso wie die sozialen Strukturen dort (vom Gesundheitssektor bis zu den Kinderkrippen) systematisch kaputtgemacht werden, damit danach das Kapital auf freiem Feld und mit entwurzelten Menschen den Neuaufbau nach seinen Maßstäben organisieren kann.

Das ist der Plan und die Treuhandanstalt soll diesen Zusammenbruch organisieren.

Es geht den multinationalen Konzernen im Moment aber nicht um den großen wirtschaftlichen Aufbau in der Ex-DDR. Die wenigen ausgesuchten Teil-Betriebe, die sie bisher übernommen haben, sollen vor allem Monopolstellungen für bestimmte Brachen sichern. Ansonsten wird die Infrastruktur ausgebaut. Die Multis haben sich vom Telefonnetz bis zur Energieversorgung längst alles aufgeteilt und gewartet, bis die Treuhand alles niedergemacht hat, um dann aufzubauen, was am Weltmarkt Profit abwirft.

Für die Durchsetzung dieses Planes hat die Bundesregierung Rohwedder ausgesucht und er war dafür mit seiner Brutalität und Arroganz auch der Richtige. Für ihn gab es von Anfang an nichts in der Ex-DDR, was nach seinem auf Profit ausgerichteten Blick irgendwelche Werte hatte. Alles dort war für ihn immer nur Konkursmasse.

"40 Jahre Sozialismus auf dem Gebiet der Ex-DDR haben mehr Schaden angerichtet als der Zweite Weltkrieg" sagte er vor Unternehmern in Wien. So redet einer, der die Welt in Produktivitätssteigerung und Profitraten sieht und für den Menschenleben nichts zählen.

Die Arbeit der Treuhand bedeutet für die Menschen mehr als den Verlust des Arbeitsplatzes, die Schließung der Betriebe und die Ausrichtung auf Profit von allem, was an Neuem hochgezogen werden soll. In diesem Prozeß soll Land und Leuten die Struktur aufgezwungen werden, die das internationale Kapital für seine Herrschaft braucht. Es geht um die Ausrichtung aller Werte auf seine Prinzipien, die

neben dem materiellen Elend von Millionen Arbeitslosen auch die Armut in den Köpfen und Herzen der Menschen bedeutet.

Kapitalstrategen, wie Rohwedder einer war, geht es darum, auch die Bedingungen für den Angriff auf die Seele der Menschen und ihre tiefe Deformierung, die sie voneinander isoliert und scheinbar unüberwindliche Mauern zwischen ihnen aufbaut, zu schaffen. Denn für ihn waren die Menschen in der Ex-DDR welche, denen die normalen Dimensionen des Denkens verloren gegangen sind und deshalb geht es für Kopper, Herrhausens Nachfolger bei der Deutschen Bank, jetzt darum, bei diesen Menschen den Anpassungsprozeß im Kopf durchzusetzen.

Das System der "freien Marktwirtschaft" gaukelt allen eine vermeintliche Chance vor, sich im Wohlstandsland Großdeutschland einen sicheren Platz ergattern zu können und im Kaufrausch glücklich zu werden – in Wirklichkeit sollen die Menschen im Geiern nach Konsum dumm und stumpf gemacht werden. Wenn überhaupt gibt es diesen sicheren Platz nur für diejenigen, die bedingungslos bereit sind, im harten Konkurrenzkampf sich besser zu verkaufen als andere und die diesen Wohlstand hier auch wollen, obwohl jede/r weiß oder wissen kann, daß er nur möglich ist, weil Millionen Menschen im Trikont dafür ihren Schweiß und ihr Blut lassen. Was zählen soll sind Ellbogen, Egoismus, Leistung, Konsum usw. – nicht aber der Mensch., das Leben, die Natur.

Der Schriftsteller R. Schernikau drückt die Einsamkeit und Leere des Lebens von Millionen Menschen in den reichen kapitalistischen Ländern treffend aus:

"Ich weiß nicht, was verelendung sonst sein soll
Eine Maus in einem Rad, die läuft und hat Jeans an
und Kopfhörer."

Wer sich den kapitalistischen Werten unterordnet, muß ein Leben in Vereinzelung akzeptieren. Vereinzelung ist **die** Bedingung für Manipulation und ist zentraler Pfeiler imperialistischer Herrschaftssicherung, denn Menschen, die isoliert und ohne wirkliche Kommunikation sind, sind weit davon entfernt, sich eine andere Wirklichkeit zusammen mit Anderen auch nur vorstellen zu können und deshalb das System in Frage zu stellen.

Die Entwicklung, in der die gesamte Produktion nach den Erfordernissen und nach der Konkurrenz des Weltmarktes umgestellt wird, läuft in der ehemaligen DDR jetzt noch krasser, als wir es aus der BRD kennen. In der High-Tech-Produktion arbeiten immer weniger Menschen quer durch West-Europa und andere kapitalistische Länder war die Erfahrung der letzten Jahrzehnte, daß im Konkurrenzkampf: Mensch – Maschine immer die Menschen verlieren und Millionen für immer arbeitslos werden. Das sind die Hintergründe für die 2/3-Gesellschaft in der BRD, wonach für den Kapitalismus mindestens 1/3 der Menschen weitgehend überflüssig geworden sind. Diese Masse von Menschen, die ganz aus dem Produktionsprozeß rausgekippt worden sind bzw. die die sogenannten unqualifizierten Arbeiten machen, sollen relativ ruhig gestellt und hoffnungslos das Elend und die Ungerechtigkeit und die kapitalistischen Werte als naturgegeben hinnehmen.

Das System braucht vor allem diejenigen, die sich voll und ganz für seine Werte entschieden haben und die in priviligierten Stellungen der High-Tech-Produktion oder der Dienstleistungen eingesetzt werden. Das sind diese Maden im Speck, die wir Yuppies nennen und deren Lebensinhalt sich weitgehend auf "born to shop" reduziert. Nach ihren Bedürfnissen läuft die Umstrukturierung der Städte mit all den Schicki-Micki-Läden, Yuppie-Kneipen und unbezahlbaren luxussanierten Wohnungen – diese korrumpierte Yuppieschicht und die Bonzen sind die Einzigen, die von dieser aufgestylten Scheiße, die überall entsteht und entstehen soll, profitieren.

Für die Masse der Erniedrigten und Beleidigten bedeutet diese Entwicklung die Zerstörung ihrer Lebenszusammenhänge. Sie sollen abgeschoben werden in Beton-Ghettos, die nach dem Prinzip gebaut worden sind, die Menschen zu isolieren.

Hier läuft die Zerstörung von kommunikativen Lebenszusammenhängen schon lange und kommt jetzt zur Isolierung und Vereinzelung auch auf die Menschen der Ex-DDR verschärft zu.

Seit Auflösung der DDR ist der Rassismus gegen Flüchtlinge und die schon hier lebenden Ausländer und gleichzeitig die Frauenfeindlichkeit ganz offen ausgebrochen. Faschistische Gruppen sind stärker geworden und fast jeden Tag laufen brutale Angriffe

gegen Ausländer-Wohnheime, Linke und Frauen aus Frauenzusammenhängen.

Das hat sicher auch seine Grund darin, das in der Zeit des SED-Staates Solidarität und Gleichberechtigung von Frauen staatlich verordnet war. Als etwas von außen aufgedrücktes hatten viele unter der Oberfläche tatsächlich nichts davon gewollt und gelernt. Es war so vorgeschrieben und nichts Tiefes. Es ging nicht von vielen Menschen aus.

Auf der anderen Seite ist Rassismus und Frauenunterdrückung im kapitalistischen System nicht wegzudenken. Es war und ist die staatliche Politik, das Propaganda-Getrommel vom "Deutschland einig Vaterland"", die Nationalismus wieder salonfähig gemacht hat und gerade in der Ex-DDR dieses bekotzt chauvinistische Getrommel von: "Jetzt sind wir wieder wer / endlich richtige Deutsch" gepusht hat. Es ist die staatliche Politik, die mit ihren menschenfeindlichen Asyl- und Ausländergesetzen den Rassisten und Faschisten den Rücken stärkt. Die Grenzen der reichen Metropole Westeuropa sollen für alle, die aus dem Trikont und den verarmten Ländern Osteuropas hierher kommen wollen, dichtgemacht werden.

Bei den Schließungen der Ex-DDR-Betriebe fliegen als erstes die Frauen raus. Die Kinderkrippen werden dichtgemacht und es soll den Frauen die Entscheidung darüber, ob und wieviele Kinder sie haben wollen, genommen werden, so wie wir es aus der BRD schon lange kennen – Paragraph 218.

Rassismus und Frauenunterdrückung sind für den imperialistischen großdeutschen Staat notwendig, weil er sich davon erhoffen kann, daß sich Unzufriedenheit und Enttäuschung der Menschen nicht gegen das System entlädt, sondern jeweils gegen die, die in der gesellschaftlichen Hierarchie weiter unten stehen. Anber faschistische Organisationen haben für kapitalistsische Staaten immer auch den materiellen Zweck, daß sie für Terrorakte wie Bologna und auch für gezielte Angriffe gegen linke und fortschrittliche Menschen wie z.B. die Räumung besetzter Häuser in Frankfurt/Oder eingesetzt werden.

AKTION

Wir begreifen unsere Aktion gegen einen der Architekten Großdeutschlands auch als Aktion, die diese reaktionäre Entwicklung an einer Wurzel trifft. Es ist klar und gerade an der deutschen Geschichte bis zum 3. Reich deutlich, daß Verarmung, Verelendung und Massenarbeitslosigkeit nicht von alleine zu einer Mobilisierung für menschlich Ziele und gegen die Herrschenden führt. also so auch nicht!

Die Unzufriedenheit und Enttäuschung von fortschrittlich denkenden Menschen soll vor allem von den Gewerkschaften gezielt kanalisiert werden. Ihre Hauptaufgabe ist es, zu verhindern, daß Arbeitskämpfe zu politischen Kämpfen werden, die das System als Verursacher der elenden Lage in Frage stellen. Mit diesem Ziel versuchen sich Gewerkschaftsbonzen aktuell an die Spitze der Protestbewegung in der Ex-DDR zu stellen – daß sie gleich nach unserem Angriff auf Rohwedder überlegt haben, ob sie die Montagsdemonstration stoppen sollen, paßt genau in diese Linie.

Sie nennen unsere Aktion "politisch katastrophal", weil sie Angst davo haben, daß wir auch von Menschen in der Ex-DDR verstanden werden. Waigel kommt dann gleich mit der Drohung hinterher, daß, wenn die Streiks und Demonstrationen dort weitergehen, das ein Insvestitionshindernis für die Konzerne ist. Aber damit viele Menschen dort überhaupt nicht erst anfangen, mit der Aktion, unserer Politik und Vorstellung überhaupt auseinanderzusetzen, spuckt der Gehirnwäsche-Apparat vom ersten Moment an diesen Quatsch aus, wir würden an der langen Leine des Stassi laufen.

Wir haben es schon in der Erklärung gegen Neusel gesagt: Wir alle, die für ein menschliches Leben in Würde und frei von Herrschaft kämpfen, müssen es anpacken, zur gemeinsamen Kraftr zu werden.

Gerade heutem, wo der Imperialismus Schlag auf Schlag landet, um seine neue Weltordnung den Völkern hier wie im Trikont aufzuzwingen (der Krieg am Golf; die Entwicklung zu Großdeutschland; die harte Haltung gegen die Kämpfe unserer gefangenen GenossInnen; die Versuche des Staates, jeden selbstbestimmten Raum von Menschen zu zerstören bzw. von vornherien zu verhindern), muß eine revolutionäre Bewegung in der Lage sein, überall präsent zu sein.

Wir können uns den Prozeß der Umwälzung der gesamten Verhältnisse nur vorstellen als einen Prozeß, in dem wir in der Durchsetzung konkreter Forderungen und Ziel Gegenmacht aufbauen, eine

Gegenmacht, die zusammen mit den Kämpfen der Völker im Trikont die notwendigen Veränderungen gegen das imperialistische System durchsetzen kann und in einem langandauernden Kampf die Befreiung der Menschheit erkämpft.

Strategie

Die revolutionäre Bewegung muß zum realen und spürbaren Faktor werden. Real und spürbar darin, daß wir zusammen dahin kommen müssen, zentrale Entwicklungen zu blockieren und wirliche Veränderungen für die Menschen zu schaffen. Für uns heißt das, daß wir in Zukunft auch auf Angriffe des Staates, die darauf zielen, die gesamte Entwicklung revolutionärer Gegenmacht zurückzudrehen, wie das z.B. die brutale Räumung der besetzten Häuser in der Mainzer Straße in Ost-Berlin war, antworten wollen.

Überhaupt geht es uns darum, neben den strategischen Angriffen wie jetzt dem gegen Rohwedder, auch in der Lage zu sein, mit konkreten Forderungen an aktuelle Auseinandersetzungen zu intervenieren wie beispielsweise mit der Aktion gegen die US-Botschaft.

Wir wollen uns zusammen mit anderen dafür organisieren, Kampfphasen zu bestimmen und die gemeinsamen Ziele durchzusetzen. Das können wir uns mit allen vorstellen, die die Wirklichkeit im Kapitalismus als erdrückend empfinden und erfahren und die anfangen, sich dagegen für ihre eigenen Vorstellungnen zu organisieren und danach zu handeln.

Die revolutionäre Bewegung muß eine reale und greifbare menschliche Perspektive entwickeln und dadurch zur Anziehung für alle, die dieses System als Unterdrückung erfahren, werden.

Es muß die Keimform einer neuen Gesellschaft entstehen, in der die Menschen anfangen, ohne Herrschaft und selbstbestimmt zusammenzuleben. Selbstbestimmt heißt für uns z.B. auch, nicht immer bloß zu wiederholen, daß es jede Menge Fragen darüber gibt, wie der revolutionäre Prozeß weitergehen muß; Selbstbestimmung heißt auch anzufangen, Antworten zu suchen. Die ganze Verantwortung dafür, wie der Umwälzungsprozeß weiterentwickelt wird, liegt bei jeder/m und jede/r muß diese Verantwortung auch wollen.

Wer sich daür entscheidet, kann die aufgedrückten Ohnmachtsgefühle überwinden und sich die wirklichen Probleme vorknöpfen, um Schritt für Schritt Lösungen zu suchen und zu finden. Das schließt ein, bei erfahrenen Niederlagen nicht am Boden liegen zu bleiben, sondern wieder aufzustehen und nach neuen Wegen zu Suchen; nur dadurch kann Kontinuität und Identifizierbarkeit einer revolutionären Bewegung entstehen.

Die Niederlage vom Hungerstreik 89 der politischen Gefangenen, als trotz größter Mobilisierung, die es hier jemals zu einem Streik gegeben hat, der Staat an der harten Haltung festhielt und die GenossInnen mit ihren Forderungen nicht durchkamen, wirkt bis heute nach. Die wirkliche Niederlage für die Linke ist nicht, daß die Mobbilisierung für die Durchsetzung der Forderungen zu schwach war, sondern das die Meisten das Ziel danach losgelassen haben und deshalb aus dieser Erfahrung auch nur Ohnmacht ziehen können.

Für jede revolutionäre Bewegung auf der Welt ist es eine Frage der eigenen Identität, Wege zur Freiheit der politischen Gefangenen zu suchen ~~zu suchen~~. Eine revolutionäre Bewegung, der die Gefangenen nicht am Herzen liegen, kann es nicht geben.

Der Weg zur Freiheit der politischen Gefangenen führt über die Durchsetzung ihrer Zusammenhänge

Gegen den Sprung der imperialistischen Bestie

Unseren Sprung im Aufbau revolutionärer Gegenmacht

Die Bedingungen für menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben im Kampf gegen die reaktionären großdeutschen und westeuropäischen Pläne zur Unterwerfung und Ausbeutung der Menschen hier und im Trikont durchsetzen

4.4.1991

Rote Armee Fraktion

Die Umwandlung von Münz- zu Kartentelefonen nimmt rapide zu. Es gibt immer weniger funktionierende Münzfernsprecher. An einigen Stellen (z.B. am Kotti) gibt es ausschließlich nur Kartentelefone.
Telefonzellen sind relativ einfach, und mit geringem Risiko erwischt zu werden, zu zerstören. Diese Aktionen können nicht nur von Gruppen, sondern auch locker von Einzelpersonen durchgeführt werden.
Wir denken, daß durch massenhafte Zerstörungen von Kartentelefonen die Post sich ab einen gewissen Punkt ihre Umstrukturierung nicht mehr "leisten" kann und damit zumindest für West-Berlin die Umstellung auf Kartentelefone verhindert werden könnte.
Unsererseits haben wir dazu einen kleinen Beitrag geleistet, indem wir in der Nacht vom 3.4.-4.4. in Kreuzberg 61 41 Kartentelefone durch Verkleben der Tastatur und Verstopfen des Schlitzes unbrauchbar gemacht haben.
Beiliegendes Flugblatt haben wir in jeder Telefonzelle hinterlassen.

Informationen zum Thema



Karten-Telefon

Sehr geehrte Telefonkartenbenutzer
Sehr geehrte Telefonkartenbenutzer innen!

Dieser Kartenautomat ist zerstört worden. Leider handelt es sich hierbei nicht um einen Einzelfall; das Verstopfen oder Verkleben der Kartenapparate hat in der letzten Zeit beträchtlich zugenommen.
Diese Entwicklung wollen wir zum Anlaß nehmen, Sie über unsere weiteren Überlegungen in Bezug auf Telefonzellen zu informieren. Vorher möchten wir Ihnen jedoch darlegen, wie unsere ursprünglichen Pläne aussahen.
Durch die Entwicklung der Kartentelefone bot sich für uns eine ungeheure Chance. Wir versprachen uns davon u.a. finanzielle Vorteile. Die Planstellen zur Entleerung der Münzfernsprecher könnten gestrichen werden; wir erhofften uns insgesamt geringere Wartungskosten. Außerdem konnten wir den Verkauf der Chipkarten von 12.-DM bzw. 50.-DM verbuchen, was uns in Millionenhöhe Gewinne einbrachte. Auch dachten wir, daß der Zeitpunkt ganz günstig wäre, um die Kartenapparate einzuführen.
Computerkarten regeln in der Zwischenzeit viele Bereiche unseres Alltags. Denken Sie nur an den maschinenlesbaren Personalausweis und Reisepaß und ab 1.7. an den neuen Sozialversicherungsausweis. - Karten öffnen Türen, sie sind der Schlüssel zum Geldautomaten und Kontoauszugsdrucker. Immer beliebter wird auch der Einkauf mit Computerkarte.
Gegner dieser Entwicklung behaupten zwar, daß durch die massive Verwendung von Computerkarten immer mehr Daten über das Verhalten der Menschen erfaßt und ausgewertet werden können, aber so ist das nun mal in der heutigen Zeit. Außerdem haben wir ja nichts zu verbergen - oder?
Nun aber wieder zurück zum Kartentelefon. Nach einer recht zögerlichen Akzeptanz in der Bevölkerung begannen wir, die Münzfernsprecher rigoros durch Kartenapparate auszuwechseln. Kaputte Münztelefone reparierten wir in der Regel erst gar nicht mehr.

Darüber erreichten wir, daß relativ viele Menschen sich die Chipkarten kauften. Allerdings erreichten uns vermehrt Beschwerden über kaputte Kartentelefone; damit hatten wir nicht gerechnet. Die Technik der Kartentelefone ist komplizert, hochempfindlich und in der Reparatur leider sehr aufwendig und daher teuer. Aus diesem Grund haben wir beschlossen, die Kartenapparate nach und nach wieder durch die herkömmlichen Münzfernsprecher zu ersetzen.
Übrigens: die jetzige Form der Chipkarten, die Sie bei der Post kaufen konnten, sollte nur eine Zwischenphase sein. Unser Ziel war die Einführung der sogenannten personenbezogenen Telekarte. Damit hätten wir automatisch die anfallenden Gebühren registrieren können aber auch die benutzte Telefonzelle, die gewählte Nummer sowie Zeitpunkt und Zeitdauer der Gespräche. - Dies heißt natürlich nicht, daß wir diese Daten für un lautere Zwecke mißbraucht hätten.
Wie auch immer - wir sehen uns auf Grund der massiven Zerstörungen gezwungen, diese Pläne zu begraben.

Sollten Sie noch nicht abtelefonierte Chipkarten besitzen, so können Sie diese noch bis zum 1.5.91 bei jedem Postamt in bar ein lösen. Auf Wunsch erhalten Sie den Gegenwert auch in Groschen! Wir danken Ihnen für Ihr Verständnis

Mit freundlichen Grüßen

Post

ENTEHRET DEN KRIEG

WIR HABEN IN DER NACHT ZUM 5.4 DAS KRIEGERDENKMAL IM GEMEINDEPARK STEGLITZ HEIMGESUCHT. WIR HINTERLIESSEN MEHRERE LITER BLUTROTE FARBE AUF DEN INSCHRIFTEN UND VERZIERTEN DAS GEMÄUER MIT ANTIMILITARISTISCHEN PAROLEN, DIE AUF DER FRISCH RENOVIERTEN ANLAGE SICHER GUT ZUR GELTUNG KOMMEN:

- DER KRIEG GEHT WEITER! SOLIDARITÄT MIT DEM KURDISCHEN + PALÄSTINENSISCHEN WIDERSTAND!
- SOZIALE REVOLUTION STATT IMPERIALISTISCHEM KRIEG!
- KRIEG DEM KRIEG IN UNSEREN KÖPFEN!
- ALLE SOLDATEN SIND POTENTIELLE MÖRDER + VERGEWALTIGER: TKDV!

ANBEI EINE LISTE ALLER MILITARISTISCHEN DENKMÄLER IN WESTBERLIN - MACHT DAMIT, WAS IHR WOLLT!



P.S.: HERAUS ZUM 1. MAI!

CHILDREN OF THE REVOLUTION!

Samstag **13. April** ab 22 Uhr

ANTI-KRIEGS TANZ

EINTRITT: 2,-

Der Erlös ist für Prozesskosten von französischen KriegsgegnerInnen

BabyLONiA im Kerngehäuse 1000 Berlin 36

U-Bahn: Schlesisches Tor

Cuvrystrasse 23, 2.Hinterhof 1.Stock

MASSAKER IN KURDISTAN

WAS TUN ? - WIR MÜSSEN WAS TUN !

Nachdem die USA die Situation im Irak durch Krieg eskaliert hat, bezeichnet der Mörder Bush nun den Völkermord an den irakischen KurdInnen als irakinterne Angelegenheit.

Schon wieder stehen wir hier, gelähmt von Entsetzen und Trauer. Andererseits funktioniert die Verdrängung, unsere Vorstellungskraft reicht nicht aus, um zu begreifen, was dem kurdischen Volk angetan wird. Unsere Ohnmacht wird uns vorgeführt, um auch unseren Widerstand zu töten. Viele von uns wurden ermordet oder im Knast begraben.

Um das Schweigen zu durchbrechen, veranstalten wir am Freitag, den 12.4.91, vier Kundgebungen.
Wir werden die Bevölkerung auffordern, sofort und mit allen Mitteln den Befreiungskampf des kurdischen Volkes* zu unterstützen, um die Unterdrücker zum Teufel zu jagen. Vergessen werden wir nichts!
Auch nicht die Funktion von BRD-Politik, Wirtschaft und Justiz,

- die Hussein die Vernichtungswaffen gaben und ihn stärkten
- die das faschistische Regime der Türkei unterstützen
- die die US-Kriegsführung mitfinanzierten, wozu sie hier die ärmere Bevölkerung ausrauben
- die die kurdische Befreiungsbewegung verfolgen, kriminalisieren und mit Abschiebung und Knast bedrohen.

Die Kundgebungen finden am Freitag, den 12.4.91 statt.

11.00 Uhr - Kreuzberg 61. hinter der Marheineke Markthalle
12.40 - Maybachufer/Kottbusser Damm
14.15 - Friedrichshain, Frankfurter Tor
15.40 - Mitte, Rosa-Luxemburg-Platz

Kurdische, türkische, deutsche Gruppen und Einzelpersonen vieler Nationen haben ihre Unterstützung zugesagt.
Aufgrund der kurzen Vorbereitungszeit konnten wir jedoch nicht alle erreichen. Wir brauchen Eure Solidarität. Informiert über die Kundgebungen und andere Aktivitäten. Malt Transparente, verteilt Flugblätter, besucht die Mahnwache am Breitscheidplatz, spendet Geld direkt an Nationale Befreiungsfront Kurdistan ERNK
Laßt euch was einfallen und kommt alle!

LAßT KURDISTAN ZUM GRAB ALLER UNTERDRÜCKER WERDEN!



HOCH! DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

* im Irakisch und türkisch besetzten Kurdistan

Eine Gruppe HausbesetzerInnen

Redebeitrag medico international zur Kundgebung am 6. April

Nach dem Ende des Golfkrieges haben sich Kurden im Norden und Araber im Süden des Irak spontan erhoben, um das verhaßte Regime von Saddam Hussein und der Baath- Partei zu beseitigen. Innerhalb kürzester Zeit wurde ein Großteil Kurdistans befreit, darunter die Großstädte Suleymania, Arbil und Kerkuk.

Nach den überwältigenden Erfolgen der Aufständischen haben die Truppen des Regimes unter den Augen der Weltöffentlichkeit begonnen, den Aufstand mit unglaublicher Brutalität niederzuschlagen und haben unter der Bevölkerung der der Städte Amara, Nedschef und Kerbala ein furchtbares Blutbad angerichtet. Nach der vermeindlichen Niederschlagung des Aufstandes im Süden richtete Saddam seine Truppen unter Einsatz von Hubschraubern und Flugzeugen, deren Einsatz die Alliierten trotz Verstoß gegen das Waffenstillstandsabkommen zuließen, gegen die befreiten Städte Kurdistans. Mehr als 10.000 Menschen sind bereits den Angriffen der wütenden Soldateska zum Opfer gefallen. Unter den in panischer Angst Fliehenden befinden sich Tausende von Verletzten. Bereits während der ersten Angriffe auf Kerkuk am 26./27. März wurden Hunderte von Napalmopfern in die Krankenhäauser der zu der Zeit noch befreiten Städte Arbil und Suleymania gebracht. Niemand weiß was aus ihnen geworden ist, nachdem Saddams Truppen diese Städte wieder erobert haben.

Die Massaker im Südirak und der Völkermord in Kurdistan sind ein Ergebnis des Krieges am Golf und Vorbote der neuen Ordnung im Nahen Osten. Die Alliierten und vor allem die USA machen mit ihrem Verhalten erneut klar, daß dieser Krieg eben nicht für Menschenrechte und Demokratie geführt wurde, sondern für eigene Herrschaftsinteressen und die Sicherung des strategisch wichtigen Öls. Die Iraker und die Kurden überläßt man der Schreckensherrschaft Saddam Husseins. Die irakische Opposition, Kurden und Araber, Sunniten und Schiiten, Nationalisten und Kommunisten, haben keinen Platz in der neuen Weltordnung.

Aus Angst davor, daß das irakische Regime erneut Giftgas gegen kurdische Städte einsetzt, sind mehr als zwei Millionen Menschen in Panik in die Berge geflohen, um sich in den Iran und die Türkei zu retten. In den immer noch verschneiten Bergen haben bereits 1500 Menschen den Tod gefunden, die Lage verschlimmert sich stündlich. Die Türkei hat den Flüchtenden immer noch nicht erlaubt, die Grenze zu überqueren. Trotzdem sollen bereits 250.000 Flüchtlinge in der Türkei sein. Die Krankenhäuser der türkischen Grenzstädte sind voll mit Verletzten. Türkische Ärzte diagnostizierten Brandverletzungen die von Napalm oder chemischen Waffen verursacht wurden.

Angesichts dieser Tragödie ist die verhaltene Hilfe der westlichen Länder, die die Flüchtlinge schon in wenigen Monaten ihrem Schicksal in der Türkei und im Iran überlassen werden, ein Hohn. Denn sie haben jahrelang das irakische Regime unterstützt, den zerstörerischen Krieg gegen den Irak geführt und dann Saddam geradezu ermutigt, erneuten Völkermord zu verüben. Bundesdeutsches Giftgas kommt unter Umständen erneut zum Einsatz. Aber auch die Haltung der UNO und der Sowjetunion sind eine Katastrophe, pochen sie doch darauf, daß dieser Völkermord eine innere Angelegenheit Iraks sei. Auf der anderen Seite haben alle Mitgliedsstaaten der UNO Waffenstillstandsbedingungen für den Irak zugestimmt, die einen ungeheuren Eingriff in die Hoheitsrechte und Souveränität dieses Landes darstellen.

Für die Kurden ist es eine Tragödie, daß die Weltöffentlichkeit und die internationalen Institutionen erst reagieren, wenn sich Katastrophen solchen Ausmaßes erreichen und damit die Stabilität der anderen Staaten, in diesem Fall Iran und Türkei, ernsthaft in Frage gestellt werden. Auf eine furchtbare Weise hat das Regime von Saddam Hussein sein Ziel verwirklicht, die Kurden aus Kurdistan zu vertreiben und die Kurdenfrage - zumindest in einem Teil

von Kurdistan – zu einem Flüchtlingsproblem zu machen. Wenn die neue Weltordnung von Präsident Bush darin besteht, die Rechte von Palästinensern und Kurden weiter systematisch mit Füßen zu treten und allen Völkern der Region, wie in diesem Fall den Irakern, das Recht auf Menschenrechte und Demokratie abzuerkennen, wird der Mittlere Osten auf Jahre hinaus Schauplatz von furchtbaren Kriegen werden.

Aber nicht nur die internationale Staatengemeinschaft hat den Aufstand von Kurden und Irakern scheitern lassen. Auch die Friedensbewegung und die Linke, die hier zu Hunderttausenden gegen den Golfkrieg demonstriert haben, sind mit dem Abpfiff von General Schwarzkopf nach Hause zurückgekehrt. Daß denselben Menschen nun nicht mehr amerikanische, sondern irakische Bomben auf den Kopf regnen, hat hier niemanden auf die Straße gebracht. Das aus bundesdeutschen MBB- Hubschraubern Napalm und Schwefelsäure auf die Bevölkerung von Kerkuk regnete, hat hier keinen Aufschrei der Empörung verursacht.

Es ist jetzt unsere dringende Pflicht, Druck auszuüben und zu fordern,
- daß den Massakern im Irak sofort Einhalt geboten wird,
- die Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens zu erzwingen, das den Einsatz irakischer Hubschrauber und Kampfflugzeuge verbietet,
- daß die Flüchtlinge die Grenzen überqueren und im Iran und der Türkei ausreichend versorgt werden,
- daß die UNO eine Lösung des kurdischen Problems erzwingt,
- daß die irakische Opposition als rechtmäßiger Vertreter des irakischen Volkes anerkannt wird,
- daß die Bundesregierung nicht nur appelliert, sondern wirksame Hilfe für die Flüchtlinge leistet, Flüchtlinge aufnimmt und Wiedergutmachung für die Opfer der durch bundesdeutsche Firmen produzierte Giftgase leistet.

Soforthilfe für Kurdistan
medico international
Postgiro Köln 6999 – 508
Frankfurter Sparkasse Nr. 1800
(BLZ 500 501 02)

AN ALLE SCHWESTERNWOHNHEIMBESETZERiNNEN/SYLTERSTR. 27.10.89

Vor anderthalb Jahren wurden zwei Schwesternwohnheime des Rudolf Virchow Krankenhauses in der Sylterstr. besetzt.Kurz vor dem Winter sollten die 140 Wohnungen abgerissen werden,um Platz für den Neubau von "Forschungseinrichtungen" zu schaffen.Dahinter verbergen sich ua. Gentechnologische Labors und Tierversuchsanlagen. In der Nacht vom 30. zum 31.10. räumten die Bullen nach einem Räumungsantrag des FU-Kuratoriums,das für die Umstrukturierung des RVK verantwortlich ist.Es gab ca. 80 Festnahmen,alle BesetzerInnen wurden erkennungsdienstlich behandelt und stundenlang festgehalten.Es gab Strafanträge wegen schw. Hausfriedensbruchs,schw. Landfriedensbruchs,Widerstand,gef. Körperverletzung und Sachbeschädigung.
Nach unserem Wissen sind inzwischen bis auf eins alle Verfahren eingestellt worden.Ein Prozess wurde eröffnet und ist seit längerem unterbrochen.
Der EA(Di 20°°-22°° im Mehringhof,Gneisenaustr.2a,1/61) übernimmt die Anwaltskosten für die BesetzerInnen.Wenn ihr wg. Akteneinsicht oä. was zahlen müßt,könnt ihr euch beim EA melden.Die Antirepressionsgruppe löst sich damit endgültig auf.

WelcheR genaueres wissen will:es gibt ne Doku zur Besetzung und Umstrukturierung am RVK,die zB. im Infocafé Vamos,Marchstr.23,1/10 ausliegt.



Knast



1992

500 Jahre Kolonialismus
500 Jahre Widerstand

EINLEITUNG

Wir möchten mit dem Abdruck zweier Texte zum Widerstand gegen die Feiern der "Entdeckung Amerikas" diesen zur Diskussion stellen - aber nicht das Startsignal für die nächste Kampagne geben. Dazu müßten unserer Meinung nach zuerst nochmal die "Anti-IWF-Kampagne" und ihre Erfolge, ihre Fehler, und ihre objektiven wie subjektiven Grenzen aufgearbeitet und der "neue Internationalismus" diskutiert werden.
Auf den folgenden sechs Seiten findet ihr zum Einem Auszüge aus der "Erklärung von Quito", die im Sommer '90 von den VertreterInnen von 120 indianischen Nationen verfaßt wurde und zum Anderen einen "Vorschlag für eine Kampagnenerklärung" aus dem BUKO-Spektrum.

DIE ERKLÄRUNG VON QUITO

Encuentro Continental del Pueblo Indígena

Die neue Qualität des Widerstands von indianischen Völkern zeigte sich auf der ersten kontinentalen Versammlung vom 17.-21.Juli in Quito, Ecuador. Die rund 300 VertreterInnen, von 120 indianischen Nationen, bekräftigten dort ihre gemeinsame Offensive zum Recht auf Selbstbestimmung in eigenen Territorien, zum Ende der nun fünf jahrhunderte währenden Verfolgung und für die Freiheit und die Akzeptanz ihrer Kulturen. Den Sarkasmus der Fest- und Freudenfeiern von den spanisch/-amerikanischen Regierungen zum fünfhundertsten Jahrestag der Invasion 1992 setzen sie eine Kampagne »500 Jahre indianischer Widerstand« entgegen. Gleichzeitig soll der Tag der Landung spanischer Schiffe zum Trauertag für die indianischen Völker erklärt werden. In der Erklärung der »Declaración de Quito«, wurden folgende Schwerpunkte herausgestellt:

»1. Wir lehnen die 500-Jahr-Feiern rundweg ab. Wir sind fest entschlossen, dieses Datum zum Anlaß zu nehmen unsere Einheit zu festigen, und auf dem ganzen Kontinent unseren Befreiungskampf zu verstärken.

2. Wir bestehen auf unserem unverzichtbaren politischen Projekt, im Rahmen der Nationalstaaten und auf der Basis einer neuen, vom Volk getragenen politischen Ordnung unsere Selbstbestimmung und Autonomie durchzusetzen. Wir werden dabei die politischen Prioritäten respektieren, die die jeweiligen Völker sich setzen

3. Wir betonen unsere Entschlossenheit, unsere Kultur, unser Erziehungswesen und unsere Religion, die Grundlagen unserer Identität als Völker, zu verteidigen. Wir wollen unsere eigenen Formen des spirituellen Lebens und Gemeinschaftslebens in enger Verbundenheit mit unserer Mutter Natur wiedergewinnen.

4. Wir weisen die Machenschaften durch Organisationen, ohne indigene Vertretungsbefugnisse zurück, denn sie mißbrauchen unseren Namen zugunsten imperialistischer Interessen und stehen in Verbindung mit den herrschsüchtigen Schichten unserer Gesellschaften. Dem gegenüber bestätigen wir unseren Willen, unsere eigenen Organisationen zu stärken, ohne Abschottung und Isolierung von andern Teilen des Volkswiderstands.

5. Wir erkennen die bedeutende Rolle an, die der indianischen Frau im Kampf unserer Völker zukommt. Wir sind uns der Notwendigkeit bewußt, die Beteiligung von Frauen in unseren Organisationen zu vergrößern und betonen, das Mann und Frau gemeinsam sich für unsere Befreiung einsetzen müssen. Das ist ein entscheidendes Element unserer politischen Praxis.

6. Wir indianischen Völker betrachten die Verteidigung und den Erhalt der natürlichen Lebensräume als lebenswichtig, die gegenwärtig durch transnationale Konzerne bedroht werden. Wir sind überzeugt, daß diese Verteidigung erst wirksam wird, wenn die dort lebenden indianischen Völker, im Rahmen ihrer Lebensformen, diese Gebiete verwalten und kontrollieren.

7. Wir stellen die Rechtsordnung der Nationen in Frage, weil sie das Ergebnis kolonialer und neo-kolonialer Entwicklungen sind. Wir streben eine neue Gesellschaftsordnung an, die die Ausübung unserer traditionellen Gewohnheitsrechte schützt. Wir fordern unsere Anerkennung als Völker im Sinne des internationalen Völkerrechts und verlangen dies auch von den betreffenden Nationalstaaten anzuerkennen.

8. Wir klagen an, daß wir indianischen Völker von Gewalt und Verfolgung betroffen sind. Darum fordern wir Achtung vor unserem Recht auf Leben, Land, Organisationsfreiheit und freie Ausübung unserer Kultur. Gleichzeitig fordern wir die Freilassung aller unserer politischen Repräsentanten, das Ende der Repression und eine Entschädigung für die verursachten Schäden«(S.2).



Resolutionen:

Als Grundlage weiterer Beschlüsse erklärten die VertreterInnen der indianischen Völker zu den 500 Jahr Feiern:

»Von unserem Standpunkt aus gesehen sind die Invasion, die 1492 begonnen hat und dieses Regime, das Ausbeutung und Unterdrückung installiert hat, noch nicht vorüber. Es besteht nicht nur im Hinblick auf die indianischen Völker, sondern sie betreffen die Gesamtheit der jeweiligen Gesellschaften. Jedoch setzt sich auch der Widerstand und der Befreiungskampf unserer Völker fort.

- Die Arbeit in unserer panamerikanischen Kampagne »500 Jahre indianischer Widerstand« muß sich an der Basis orientieren, um Vertrauen aufzubauen, sie muß sich in nationalen Komitees mit Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten darstellen, die Kommunikation und Koordination fördern und gemeinsame regionale und kontinentale Kampagnen in die Wege leiten.

- Die Kampagne muß ein Kommunikationsnetz schaffen, um die verschiedenen Vorschläge, zum Widerstand gegen die 500 Jahr Feier, zum Ausdruck zu bringen
- Unser Bündnis mit anderen Bevölkerung schichten wird vom Prinzip gegenseitige Respekts geprägt sein und soll dazu beitragen, daß wir in unserem Bemühen vorankommen, die Realität unserer Länder umzugestalten.
- Wir müssen den kulturellen Austausch zwischen den alten und den jungen Menschen fördern.
- Wir müssen den 11. Kongreß 500 Jahre indianischer Widerstand und Volkswiderstand, der 1991 in Guatemala stattfinden soll, unterstützen und an ihm teilnehmen.
- Wir schlagen vor, daß in Guatemala die Möglichkeit diskutiert wird, Anfang 1992 in Cuba einen Weltkongreß über die 500 Jahre und die Indianerfrage abzuhalten. Dadurch soll in der Öffentlichkeit mehr Interesse an unserer Situation geweckt werden und auf dem ganzen Kontinent eine ernsthafte Debatte über die Lage der Indianer initiiert werden.
- Wir müssen gegen die Politik der Modernisierung, Privatisierung und der totalen Unterordnung für die Interessen des US-amerikanischen, europäischen, israelischen und japanischen Imperialismus, die von den Regierungen unserer Länder gegenwärtig gefördert werden, kämpfen. Denn diese Interessen haben für die indianischen Völker den Raub ihres Landes und ihrer Naturressourcen zur Folge gehabt und uns in Abhängige und Ausgebeutete verwandelt.
- Der Kampf um die Agrarreform in unseren Ländern muß auch die Rückgewinnung unseres Gemeinschaftslands zum Ziel haben.
- Der Kampf um unsere Rechte (Land, Bildung, Gesundheit usw.) muß in ein eigenes politisches Projekt eingebettet sein, das ein organisiertes Vorgehen ermöglicht und zu einer Umgestaltung der herrschenden Gesellschaftsordnung und zur Herausbildung einer Gegenmacht beiträgt.
- Um unsere Völker zu entkolonisieren, müssen wir um eine zweisprachige, interkulturelle Erziehung für die gesamte Gesellschaft kämpfen, wobei die indianische Erziehung in den Händen der Indianer liegen muß.
- Unterstützen und koordinieren müssen wir einerseits ein Tribunal der Völker um der fünfhundertjährigen Invasion den Prozeß zu machen und andererseits die Konferenz von Befreiungstheologen mit dem Namen »Santo Domingo für das Volk«. Solche Aktivitäten tragen dazu bei, die Zusammenarbeit mit anderen Interessierten zu erleichtern und ein erweitertes Publikum zu erreichen.
- Wir fordern, daß die Vereinten Nationen im Hinblick auf 1992 das Recht der indianischen Völker auf Selbstbestimmung bestätigen. Hierzu ist es nötig, daß wir Basisarbeit leisten, um Druck auf die Regierungen auszuüben und Bündnisse mit anderen unterdrückten Volksschichten und fortschrittlichen Regierungen zustandebringen.
- Die Delegierten aus den USA nehmen sich für die Präsidentschaftswahlen 1992 vor, Druck auszuüben, damit die Probleme der indianischen Völker Nordamerikas Beachtung finden. Sie wollen auch auf die Außenpolitik der USA in Fragen, die die indianische Völker betreffen, Einfluß nehmen.
- Es ist nötig, daß die indianischen Völker sich koordinieren, um gemeinsam offizielle Beziehungen zu Staaten und internationalen Organisationen aufzunehmen, die es uns ermöglicht, politische Freiräume und Verhandlungsspielräume zu erobern.
- Wenn Spanien bereit ist, für die Schäden, die die Invasion angerichtet hat, Entschädigungszahlungen zu leisten, fordern wir, daß diese Mittel für Projekte verwendet werden, die den Bedürfnissen unserer Völker entsprechen.Wir sollten daher ein Seminar veranstalten, um unsere Politik in der Frage der Entschädigung zu definieren.
- Wir solidarisieren uns mit den afroamerikanischen Völkern, die ebenfalls Opfer der Zerstörung durch die europäischen Invasion sind. Wir fordern diese Völker auf, sich unserem Kampf anzuschließen, im Sinne der Einheit und der Achtung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten beider Kontinente.
- Unsere Kampagne muß sowohl kurz- als auch langfristig gemeinsame Ziele und Aktionen umfassen. Unsere Strategie ist antikolonialistisch und antiimperialistisch. Wir sollten in jedem einzelnen Land und auf dem ganzen Kontinent Protestaktionen durchführen:

★ Proteste gegen Regierungskonferenzen, welche die 500 Jahr Feiern unterstützen.

★ Unsere Kampagne sollte sich gegen die multinationalen Konzerne und ihre Raubzüge auf indianischen Gebiet richten.

★ Wir protestieren gegen das Wettrüsten, das unsere Gesellschaft stranguliert.

★ Wir protestieren gegen Organisationen und Institutionen, die den Namen der Indianer mißbrauchen, um eigennützige Projekte durchzuführen, die unseren Interessen widersprechen.

★ Wir unterstützen Widerstandsformen, die ein Vorbild für die Kämpfe unserer Kampagne sind, wie z.B. der Indianeraufstand in Ecuador.

★ Wir wollen in in- und ausländischen Massenmedien eine intensive Pressekampagne beginnen, um über unsere Lebensweisen und unsere Wahrheiten zu informieren" (S.3).

Der Kongreßbericht beschreibt anschließend die Differenzen und die Gemeinsamkeiten der indianischen Lebensvorstellungen und Existenzbedingungen, und formuliert Ansprüche an Aufbau und Struktur von Vertretungs- und Kommunikationsorganen. »Unsere Führung und Basis muß ständig geschult werden, die Arbeit der Organisation muß regelmäßig hinterfragt werden und es muß möglich sein die Führung zu ersetzen, um eine Spaltung der Organisation zu vermeiden« (S.5). Dabei werden die Gefahren fehlender Basisdemokratie verdeutlicht, da: »Internationale Indianerorganisationen wie der Südamerikanische Indianerrat (CISA) und der Weltrat indianischer Völker (CMPI) Apparate sind, die sich von den Indianerorganisationen der einzelnen Länder entfernt haben und oft individuellen Interessen dienen«(S.5). Gefordert wurde auch, daß: »Alle Institutionen, die Objekte, heilige Handschriften und andere überlieferte Werte, der amerikanischen Indianer besitzen, müssen diese an unsere indianischen Nationalitäten zurückgeben. Es müssen nationale Museen geschaffen werden, die von Indianern kontrolliert werden« (S.4). Die indianischen Frauen verknüpfen in ihrer Analyse ihre Existenzbedrohung mit der Zerstörung und Vergewaltigung der Erde. Exemplarisch stellen sie den Militarismus als lebensfeindlich, frauenfeindlich und gewaltverherrlichend heraus; denn die Rekrutierung von Männern sorgt dafür, daß: »Diejenigen, die nach Hause zurückkehren, verlernt haben frei und friedlich zu leben« (S.6). Die Frauen fordern schließlich die Solidarität und Hilfe zur Auffindung der Verschwundenen und weisen die Praktiken der Zwangssterilisierung zurück. Sie beschreiben auch die Arroganz der Männer in ihren Organisationen und schlagen vor, daß auf allen Ebenen und auf den zukünftig organisierten Treffen, der Anteil der Frauen und Männer gleich groß sein soll. »Wir wollen keine isolierten Frauenorganisationen schaffen, sondern die Einheit mit den männlichen Compañeros suchen« (S.6).

Daß die indianische Lebensvorstellung insgesamt eine Alternative für die weltweiten Umweltzerstörungen bedeuten, drückt sich in ihrer Einschätzung zum 20. Jahrhundert aus: »Am Ende des 20. Jahrhunderts, wo angeblich die Zivilisation ihren höchsten Stand erreicht hat, wo die technologischen Fortschritte alle Erwartungen übertreffen, wo es den beiden Gesellschaftssystemen nicht gelungen ist, die Probleme der Menschheit zu lösen, haben die sogenannten Großmächte, die sich mit ihrem Entwicklungsstand brüsten, die Ungleichheit, die Krise und die ökologische Zerstörung verschärft und damit wurde das Gleichgewicht des Planeten ernsthaft in Gefahr gebracht. In dieser Situation tritt verstärkt das indianische Gegenmodell mit seiner historischen Verantwortung ans Tageslicht, eine Folge ihres klaren Weltbildes und ihrer harmonischen Lebensweise mit der Natur« (S.6).



Vorschlag für eine Kampagnenerklärung 1992: 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand /EG-Binnenmarkt

Das historische Datum

1. Das Jahr 1992 steht für den 500. Jahrestag des Einstiegs in eine neue Ära der Weltgeschichte: Die Eroberung des amerikanischen Kontinents leitete die Entwicklung der modernen kolonialistischen Ausbeutung Asiens, Ozenaniens, Afrikas und Amerikas ein. Es ist von besonderer Symbolik, daß genau 500 Jahre danach der europäische Imperialismus mit der Durchsetzung des EG-Binnenmarkts in eine neue Etappe eintritt. Die "Feierlichkeiten" 1992, wie sie von den amerikanischen und einigen westeuropäischen Regierungen sowie der katholischen Kirche zur "Zivilisierung und Christianisierung des amerikanischen Kontinents" veranstaltet werden, stehen nicht für nautische oder zivilisatorische Leistungen. Die "Entdeckung" Amerikas wie die Umsegelung Afrikas auf dem Weg nach Indien, ist der Grundstein für die Zerstörung der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge des Altertums und der Beginn der heutigen Weltwirtschaftsordnung und ihrer Ausbeutungsverhältnisse im Interesse des westeuropäischen Kolonialismus. Pfeiler dieses Imperialismus sind der Rassismus und der Sexismus, mit denen sich das spezifisch westeuropäische Patriarchat, zum Erhalt seiner weltweiten kapitalistischen Einflußmöglichkeiten, gegen die autochtonen Volkskulturen durchsetzt. Diese Fundamente der europäischen Entwicklung sowie die seither wachsende Vorherrschaft westlich-bürgerlicher Kulturen sind die Grundlage für die anhaltende soziale, politische, wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Katastrophe der afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Gesellschaften. Auch wenn hier in Europa eine konsistentere Entwicklung diese Katastrophe weniger deutlich macht, sind wir ebenso den kapitalistischen Rationalitäten und Spaltungen im Arbeitsbereich, in den zwischenmenschlichen Beziehungen und als Individuen unterworfen.

Die Errichtung des europäischen Binnenmarktes, mit seinen Strukturen und Interessen, steht in der Kontinuität der 500jährigen Ausbeutung und verfestigt gleichzeitig die kapitalistischen Strukturen im Zentrum. Dieser Bedrohung unserer Lebenswelten und kollektiven Lebensweisen gilt unser Widerstand.

Herrschende Ideologie

2. Der Vereinnahmungszwang kapitalistischer Strukturen und Organisationen auf dem Weltmarkt, ihre globalen und vereinheitlichenden Auswirkungen haben die Tendenz, alle menschlichen Gesellschaften auf der Erde in ihre hierarchische Struktur zu pressen. Die Besinnung lateinamerikanischer und afrikanischer Volkskulturen auf ihre eigenen Werte und die Forderung nach ihrer Durchsetzung, die z.B. in der Erklärung von Quito deutlich wurde, ist daher notwendiger denn je. Gleichzeitig müsssen wir unseren Kampf in den Metropolen forcieren, um unsere kollektiven Lebensformen durchzusetzen.

Die in erster Linie ökonomisch legitimierten Mechanismen werden auch ideologisch abgesichert. Über einen 500jährigen Überlegenheitsdünkel, welcher die europäisch-abendländische Geschichte mit durchsetzte, werden die Machtstrukturen aufgebaut. Der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis ist aber offensichtlich: Die hehren Ideale der christlichen Nächstenliebe, des Humanismus, der Menschenrechte und die Oden an Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen, mit denen die Europäer ihren Raubzug seit jeher ideologisch begleiteten, wurde von ihnen in ihrem konkreten Handeln ins Gegenteil verkehrt. Die heutige Realität von den Amerikas, Asiens und Afrikas ist historisch geprägt durch die Widersprüchlichkeit zwischen dem Erbe der politischen Ideale der bürgerlichen Revolution und der menschenverachtenden tatsächlichen Wirklichkeit. Verdrängt wird dies in den heutigen Lebenswelten durch die Dominanz einer Kultur, die ausschließlich auf den Markt ausgerichtet ist, in der Simulationserfahrungen und Phantasien verkauft werden, die faszinierender und realistischer erscheinen als eigene Erfahrungen. Gesellschaftliche Widersprüche wurden noch nie so perfekt in die einzelnen Menschen verlagert wie in der heutigen Situation.

Herrschaftsstrukturen und Mechanismen

3. Weltweit waren und sind die Völker dem Zugriff des Kapitals ausgesetzt. Hierbei setzen differenzierte Herrschaftsstrukturen und -mechanismen das Kolonialverhältnis in den einzelnen Ländern auch nach innen fort. Klasse, Rasse und Geschlecht sind die fundamentalen Kriterien, nach denen die unterschiedlichen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse instaliert und angewandt werden. Diese Strukturen fordern auf agressive Weise ihre Durchsetzung, rauben den ungeschützen Kulturen ihre Identität und auf die Strategie des "teile und herrsche" wird nur im Moment ihrer Unsicherheit zurückgegriffen, um Angriffspunkte und Spielräume auszumachen. Neben militärischen und technologischen Eingriffen setzen die Mechanismen der Macht auf die Spaltung der Völker und auf sexistische Organisation ihrer Machtstrukturen. Ausgrenzung von Minderheiten, Verfolgung von Andersgläubigen, rassistische Werturteile und schließlich auch Unterdornung der Frauen in jedem Segment der gesellschaftlichen Spaltung halten diese agressive Ordnung aufrecht und ihre Vertreter an der Macht.

Patriarchale Unterdrückung

4. Das westeuropäische Zivilisationsmodell ist ein spezifisch patriarchales. Seit jeher werden die Frauen in die Rolle der Erzieherin und der Hausfrau gedrängt. Sie werden konsequent politisch ausgegrenzt und ökonomisch diskriminiert. Hinzu kommt jene Diskriminierung im Rahmen der Bevölkerungspolitik, die hier darauf hinausläuft, daß Frauen Schwangerschaften aufgezwungen werden, deren Konsequenzen sie alleine zu tragen haben (Abtreibungsverbot).

Dieses Herrschaftsmodell wurde auf die Dritte Welt übertragen. Ergebnis war, daß die Frauen nicht nur wie die Männer den westeuropäischen Rassismus zu ertragen haben, sondern daß ihnen durch das sexistische Patriarchat eine besonders minderwertige Rolle zugewiesen wurde. Oftmals sind nur die Männer Ansprech-



partner, wenn sich die Vertreter der Industrienationen an die Bevölkerung der Dritten Welt richten, obwohl es fast immer die Frauen sind, die den Lebensunterhalt der Familie bestreiten. Junge Frauen werden in Weltmarktfabriken verheizt und dienen im Rahmen der internationalen Prostitution als Objekte männlicher Macht. So verloren sie allmählich auch in der eigenen Gesellschaft an Achtung und Einflußmöglichkeiten. Die moderne Bevölkerungs-Politik in Form von Zwangssterilisationen, Dreimonatsspritzen etc., die das Selbstbestimmungsrecht der Frau und ihre Gesundheit zerstören, dient nicht nur dazu, die Lebensbedingungen von Frauen in den bestehenden Machtstrukturen festzuschreiben, sie degradiert sie zu medizinischen Versuchsobjekten.

Ökologie

5. Das US-/europäische Zivilisationsmodell ging und geht einher mit der rücksichtslosen Zerstörung der Umwelt. Dieser Entwicklungsweg ist ein Minderheitenmodell, da die Ressourcenverschwendung und ihre Auswirkungen in dieser Form weltweit nicht übertragbar sind. Praktisch verfestigt sich auch im Bereich der Ökologie die zunehmende Hierarchisierung des Weltmarktes. So wird mit der zunehmenden Zerstörung der Umwelt das Bewußtsein in den Metropolen geschärft (wir rasen jetzt alle mit KAT in den neuen 12-Zylinder-Motoren), z.B. der Regenwald als "unsere Lunge" gekennzeichnet und die Schuld für dessen Zerstörung zynischerweise den dort Lebenden und nicht den Hauptverantwortlichen in den Industrieländern angelastet. In den Ländern der "Dritten Welt" kommt es durch die Zwänge der Strukturanpassungsmaßnahmen zu einer oft tödlichen Kombination von reiner Profitorientierung der Konzerne, Industrialisierungspolitik um jeden Preis und wachsender sozialer Verelendung. Folgen sind auch Katastrophen wie die in Bhopal oder die Auswirkung der täglichen Katastrophen des "Müllabladeplatzes Dritte Welt".

Zerstörung der Selbstbestimmung

6. 500 Jahre Kolonialismus verhinderten systematisch Versuche selbstbestimmter Entwicklung, zerstörten die autochthonen Kulturen bzw. instrumentalisierten sie. Dem beispiellosen Genozid in Amerika folgte die millionenfache Versklavung afrikanischer Frauen und Männer. Gleichzeitig wurde die Lebensweise, die Ökonomie und gesellschaftliche Organisation der alten Kulturen rücksichtslos entwertet und verfolgt.
Diese 500 Jahre sind aber auch geprägt vom Widerstand. Doch konnte der Kampf um die Unabhängigkeit und die Bildung scheinbar souveräner Nationalstaaten an der wachsenden Abhängigkeit und an den systematischen Ausbeutungsverhältnissen nur wenig ändern. Die Folge ist eine Modernisierung der Kolonialverhältnisse und eine Perfektionierung der Aufstandsbekämpfung. Je nach Stärke des organisierten Widerstands sind die Counter-Insurgency-Programme abgestimmt: Todesschwadrone, Low-Intensity-Warefare oder der direkte militärische Eingriff. Ein anderes Machtmittel ist der wirtschaftliche Druck, der entweder kapitalistische Verwertungsräume nicht ungestraft schließen läßt, oder aber den "Dritte-Welt-Ländern" systematisch den Zugang zum Weltmarkt verwehrt. Den herrschenden Weltmarktverhältnissen und der wachsenden Machtanhäufung kapitalistischer Großmächte und Institutionen sowie multinationaler Konzerne können die Länder überwiegend nichts entgegensetzen.

Deutscher Kolonialismus

7. Deutschland gehörte nur kurze Zeit zu den klassischen Kolonialmächten. Allerdings zieht sich ein roter Faden der Vernichtung durch die Geschichte der deutschen Kolonialisten. Von den Landsknechten der Welser, die im 16.Jahrhundert in Venezuela die Interessen ihres Handelshauses blutig durchsetzten, über die Vernichtung afrikanischer Völker am Anfang dieses Jahrhunderts in "Deutsch-Südwest", Tanjanika oder Kamerun, die die Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten vorwegnahm, bis hin zu den Firmen, die heute z.B. in den Irak Waffen jeglicher Art liefern. Die Kontinuität dieser skrupellosen, kolonialistischen Praktiken muß vollständig offengelegt und angegriffen werden.

Das neue globale Kräfteverhältnis

8. Das alte bipolare Weltsystem hat ausgedient. Die neuen globalen Kräfteverhältnisse haben den alten Ost-West-Konflikt entschärft, aber im Gegenzug verschärft sich die Konfrontation zwischen Norden und Süden. Im Rahmen der ausschließlichen Hegemonie des Kapitalismus ist gleichzeitig mit zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen den kapitalistischen Metropolen um die Verwertungsräume zu rechnen. Das Ende des osteuropäischen Sozialismus markiert diesen Wandlungsprozeß innerhalb der Geschichte, der auch die Völker der sogenannten "Dritten Welt" vor völlig neue Herausforderungen stellt. Dem Scheitern der osteuropäischen Sozialismus-Modelle steht hierbei allerdings das Scheitern des neoliberalen kapitalistischen Modells in vielen Ländern der Welt gleichwertig gegenüber. Insofern kann die vielgepriesene Koppelung von "Demokratie und Marktwirtschaft westlichen Typs", die vier Fünftel der Welt von Wohlstand und Partizipation ausschließt und sie der Beherrschung durch die multinationalen Konzerne ausliefert, keine Lösung für die Mehrheit der Menschen auf dieser Welt bedeuten. Vielmehr bleibt es die Aufgabe der progressiven Kräfte in allen Ländern die Strukturen der kapitalistischen Metropolen zu bekämpfen und neue Lösungen für die Beendigung der Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen und ihren Folgen zu finden.

EG-Binnenmarkt

9. In Europa entsteht ein neuartiges Gravitationszentrum der Weltpolitik und in dessen Mitte das Dicke Deutschland. Mit dem Beginn des Jahres 1993 soll ein neues Kapitel des europäischen Imperialismus aufgeschlagen werden. Die Etablierung des EG-Binnenmarktes markiert eine entscheidende Etappe der



Auseinandersetzungen innerhalb der westlichen Industrienationen (USA, Japan, EG). Die BRD strebt hierbei die führende Rolle innerhalb der EG an. Mit den Umbrüchen in Osteuropa werden die Karten in diesem Machtpoker neu gemischt. Die EG greift nach ihrem neuen "Hinterhof" Osteuropa und erschließt sich dort neue Expansionsräume: Investitionsmöglichkeiten, Märkte, Rohstoffe und neue Billiglohnländer.
Ökonomische Strukturmechanismen bilden allerdings nur einen Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Ihnen gegenüber steht in großen Teilen Westeuropas die "Zivile Gesellschaft". Sie wurde in den letzten Jahrzehnten erkämpft und bietet erweiterte politische und soziale Spielräume. Sie hat auch in Osteuropa zu gesellschaftspolitischen Veränderungen und Emanzipationsprozessen geführt.
Innerhalb der Länder der "Dritten Welt" findet ebenfalls ein Hierarchisierungsprozeß statt, der die prosperierenden Schwellenländer (NICs) vom Rest der "Dritten Welt" abhebt. Allerdings wird der überwiegende Teil der sogenannten "Dritten Welt" in diesen weltweiten Umstrukturierungsprozessen weiter abgekoppelt. Der Anteil dieser Länder am Welthandel und an den Direktinvestitionen ist schon seit langem rückläufig und wird durch die zunehmenden protektionistischen Maßnahmen verstärkt. Die westlichen Industrienationen strangulieren die ausgeplünderten Länder weiterhin mit ihren ordnungspolitischen Instrumenten, wie Entwicklungspolitik und den Ausbeutungszentralen IWF und Weltbank.
Die Lebenssituation der Bevölkerungsmehrheiten in der "Dritten Welt" wird sich weiter verschlechtern. Wenn das Jahr 1992 in großen Publicity-Shows gefeiert wird, muß daran erinnert werden, daß die "Schuldenkrise" noch immer den skandalösen Nettokapitaltransfer gewährleistet, der allein 1989 über 200 Milliarden Dollar aus dem Süden in die Kassen der Metropolen-Banken führte. Erinnert werden muß daran, daß nach wie vor diskriminierende Handelsbeziehungen auf dem Weltmarkt, der Verfall der Rohstoffpreise, der Profittransfer der Multis, die Abwerbung der wenigen hochqualifizierten Fachkräfte, die Technologiemonopole des Nordens und andere neokoloniale Praktiken das bißchen, das noch da ist, rücksichtslos aus der "Dritten Welt" herausholen.
Auch die an die "Entspannung" zwischen UdSSR und USA geknüpfte Erwartung, daß Ressourcen für Entwicklung frei würden, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil: Die Interventionskapazitäten gegenüber der "Dritten Welt" werden ausgebaut. Der "neue Feind im Süden" wird von den Chefideologen der militärischen Bündnisse konstruiert, auch um ihren Apparat weiter aufrechtzuerhalten und auszubauen. Die Schaffung von multinationalen flexiblen Einheiten zum kurzfristigen Einsatz in den weltweiten Krisengebieten erhält oberste Priorität. Daß der Nord-Süd-Konflikt militärische Dimensionen gewinnen kann, ist durch die Golf-Krise mehr als deutlich geworden. Innerhalb der EG ist mit der voranschreitenden Integration die militärische Zusammenarbeit intensiviert worden. Der Aufbau einer europäischen schnellen Eingreiftruppe ist ein erster Schritt auf diesem Weg.

"Festung Europa"
Die Festung Europa nimmt schon heute mit der Verschärfung der Asylgesetzgebung drastische Formen an. Das neue AusländerInnengesetz der BRD zeigt hierbei die Richtung an. Europa schirmt sich gegen die Menschen ab, die vor politischer Verfolgung, Krieg und wirtschaftlichem Elend flüchten. Das Schengener Abkommen stellt das juristische Instrumentarium der EG dazu bereit. Die Kooperation der Schengener Gruppe mit TREVI (europaweite Koordination der polizeilichen Zusammenarbeit) verdeutlicht die Absicht, die Flüchtlingsprobleme unter polizeistaatlichen Gesichtspunkten zu behandeln. Diese Gesetze entstehen zusammen mit den Sicherheitsgesetzen im Rahmen einer Politik, von der zwangsläufig nicht alle, sondern nur die wenigen im Norden geborenen Menschen profitieren können.
Hier tritt für uns die Notwendigkeit der selbstkritischen Reflektion zu Tage. Wie steht es bei diesen Prozessen in Europa mit unserer Mittäterschaft (Kollektivschuld)? Inwieweit ist unsere Sozialisation dabei zu thematisieren und unser Bewußtsein zu bewerten? Inwieweit erzeugt diese Gesellschaft Herrschende als Subjekte? Es geht um eine Auseinandersetzung mit unseren Deformationen.

Rassismus und Eurochauvinismus
10. Heute nehmen die rassistischen, nationalistischen und antisemitischen Tendenzen in Europa wieder zu. Sie bilden die Legitimationsgrundlage für einen neuen Eurochauvinismus. Hierbei wird ein Gefühl der Überlegenheit erzeugt. Er wurde von den herrschenden Institutionen jahrhundertelang immer wieder eingesetzt, um die eigene Herrschaft zu legitimieren. Diese Segmentierung und gleichzeitige Hierarchisierung von Gesellschaften dient den patriarchalen Strukturen und sichert die Macht der ökonomischen und kulturellen Eliten.
Rassismus weist den ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen einen Platz im Rahmen gesellschaftlicher Hierarchie zu. Zusätzlich grenzt diese Gesellschaft andere Kulturen wegen des angeblichen "moralischen Verfalls durch Überfremdung" von der "eigenen Kultur" ab. Er ist eine Basis für Herrschaftsprojekte und wird benutzt, um Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen.

Widerstandskultur
11. Unter diesen schwierigen Bedingungen kämpft heute eine Vielzahl politischer und sozialer Bewegungen für gerechte und menschenwürdige Lebensverhältnisse. Auf nationaler wie auf regionaler Ebene umfaßt dieser Kampf gleichermaßen die kulturelle, politische und ökonomische Ebene des Lebens. Trotz der systematischen Unterdrückung und trotz des Versuchs, Volksorganisationen zu zerstören oder zu neutralisieren, entwickelt sich kontinuierlich und auf vielfältigste

Weise Widerstandskultur. Frauen organisieren gegen ihre Unterdrückung weltweit den Widerstand. Bevölkeru ɋspolitik, Rassismus, Sextourismus, Fraue¬handel, sexıstische Arbeitsverhältnisse - dort setzt der Kampf konkret an.
Das, was gegenwärtig als ziviler Fortschritt in Lateinamerika, Afrika und Asien gepriesen wird, nämlich die formelle Ablösung allzu terroristischer Militärregimes und diktatorischer Oligarchien durch gewählte Regierungen, verdeckt in vielen Fällen nur das dahinterstehende Ziel: den Teil der nationalen Eliten legitimieren zu lassen, der am ehesten geeignet erscheint, die angeblich notwendigen Strukturmaßnahmen durchzustzen. Die Abhaltung von freien Wahlen allein bedeutet mitnichten die Durchsetzung wirklich demokratischer Verhältnisse. Uns geht es um die Stärkung von ziviler Gesellschaft als Volkskultur mit basisdemokratischen Kommunikations- und Arbeitsstrukturen, aus denen sich eigenständige Lebens- und Widerstandsformen bilden.
Uns muß hier in Westeuropa jedoch klar sein, daß wir für das Verständnis der Kämpfe und Lebenswelten der Menschen in der sogenannten "Dritten Welt" noch viele Gespräche führen und Erfahrungen austauschen müssen.

Praxis

12. Wir wollen die EG nicht als kleineres Übel zu Großdoitschland, sondern wir setzen dem Europa der Banken und Konzerne, der Militärs und Machtpolitiker unsere Arbeit von unten entgegen, den gemeinsamen Widerstand von sozialen und demokratischen Bewegungen. Ziel dieses Widerstandes ist es, für die Erweiterung von Freiräumen zu kämpfen, die Emanzipationsbewegungen und selbstbestimmte Entwicklungsprozesse ermöglichen, um die Strukturen des gegenwärtigen Weltmarktes und die kapitalistischen Machtstrukturen zu überwinden. Die Entwicklung von Alternativen zum herrschenden Weltwirtschaftsystem muß damit beginnen, die Produktions- und Konsumstrukuren in der "Ersten Welt" radikal zu verändern.
Zur Verwirklichung dieser Alternativen muß die Zusammenarbeit mit den Basis- und Befreiungsbewegungen der "Dritten Welt" ebenso wie mit sozialen und politischen Bewegungen in West- und Osteuropa zur Gegenmacht entwickelt werden.
Entscheidende Voraussetzung für einen erfolgreichen Widerstand ist: die patriarchalen Strukturen müssen in allen Bereichen aufgebrochen werden. Nur so kann es die notwendigen grundlegenden Veränderungen der ökonomischen, sozialen, politischen und ökologischen Bedingungen geben.

Forderungen

- Abschaffung des Schengener Abkommens und der AusländerInnengesetze
- Auflösung von TREVI
- Organisations- und Einreisefreiheit für alle in- und außerhalb Europas
- Schuldenstreichung sofort, als erste Vorraussetzung für eine Veränderung der Weltwirtschaft
- Einrichtung eines Reparationsfonds für die "Entwicklungsländer" als historische Wiedergutmachung
- Unterstützung von Bauern und indigenen Organisationen im Kampf um Land
- keine rassistische und sexistische Bevölkerungspolitik nirgendwo
- Stop jeglicher Waffenexporte, der Militarisierung und Polizeihilfe
- verantwortlicher Umgang mit der Umwelt statt ökoimperialistischer Politik
- Einstellung von umweltzerstörenden Industrieprojekten
- Schaffung eines Ausgleichsfonds zur Restrukturierung des ökologischen Gleichgewichts
- freier Zugang zur Technologie für alle Länder
- Schluß mit dem weißen Kulturimperialismus

Denn es geht uns darum:

- eine neue gerechte Weltwirtschaftsordnung
- die Stärkung der sozialen Basisbewegungen hier und in aller Welt
- die Zerschlagung des Patriarchats
- die Beendigung jeglicher neokolonialer Praktiken

zu erreichen.

Ergebnis des BUKO-500-Jahre-Seminars 7.-9.12. 1990 in Bonn/Bad Godesberg

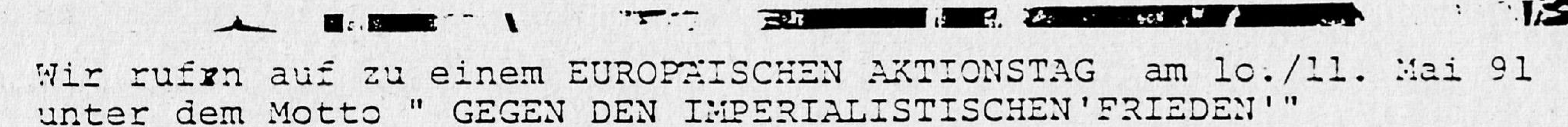




EUROPAWEITE AKTIONSTAGE AM 1o./ 11. MAI 1991

GEGEN DEN IMPERIALISTISCHEN FRIEDEN !

Wir sind Leute aus der Bewegung für besetzte Häuser und selbstbestimmte Zentren in Europa. Auch wenn uns oft tausende von Kilometern trennen gibt es viele gemeinsame Erfahrungen, Wünsche und Vorstellungen, die uns verbinden. Wir haben dabei immer mehr Lust bekommen, auch gemeinsame Schritte zu entwickeln.
In unseren Häusern ist Platz für eine eigene Kultur von unten für viele Menschen. So,wie wir uns ein selbstbestimmtes Leben vorstellen, brauchen wir diese Räume, um uns zu entwickeln. Wir verstehen uns als Teil der Gesellschaft und versuchen,diese auch aus unseren Häusern heraus zu verändern.
Die europäischen Regierungen haben beschlossen, daß es uns so nicht mehr geben soll. Die europäischen Innenminister haben auf der TREVI-Konferenz vereinbart, alle besetzten Häuser und Zentren bis 1992 räumen zu lassen. In den meisten westeuropäischen Ländern wurde damit auch schon massiv angefangen, für die Sicherung dessen, was sie 'Ruhe und Ordnung','Rechtsstaat' oder 'inneren Frieden' nennen.





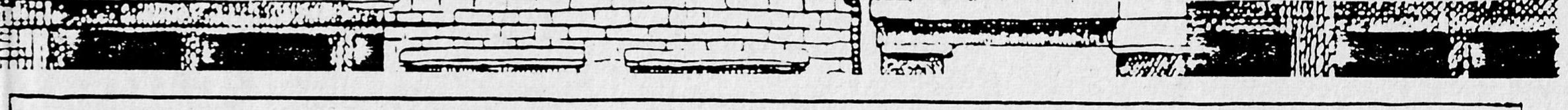
Wir rufen auf zu einem EUROPÄISCHEN AKTIONSTAG am 1o./11. Mai 91 unter dem Motto " GEGEN DEN IMPERIALISTISCHEN'FRIEDEN'"

"Imperialistischer 'Frieden' " heißt hier in Europa, in den hochindustrialisierten Ländern, wo die Zentralen der großen Banken und Konzerne sind, daß das gesamte gesellschaftliche Leben der Logik des Profits, der Geld-Ware-Beziehung untergeordnet ist.
Gleicheitig heißt das, daß die "Festung Europa 92" kontrolliert oder dichtgemacht werden soll gegen die ArbeiterInnen und Flüchtlinge aus den Ländern des Südens und Osteuropas. Als Mittel dazu dienen den Mächtigen die Ausländergesetze und der Rassismus. Sie wollen damit den hier aus aller Welt angehäuften Reichtum abschotten.
Für die ausgeplünderten Länder des Südens bedeutet das, daß millionen von Menschen für die Profitinteressen der Herrschenden wertlos geworden sind, das Hauptinteresse der Ausbeutung den Rohstoffen gilt.
Das heißt tagtäglicher Tod durch Hunger, Krankheit und Folter. Das ist der Grund für die Flüchtlingsströme nach Europa und auch der Hintergrund des Golfkrieges.

Um den Reichtum und die Macht zu sichern, müssen die Herrschenden auch den Widerspruch zwischen reich und arm in den Zentren des Kapitals in kontrollierbaren Maßen halten. Das wird für sie immer wichtiger, angesichts der Probleme, die in den Zentren selbst durch die Umstrukturierung der Produktion, der Landwirtschaft und der Städte entstehen. Die Entwicklung der Produktionsverhältnisse schafft hier eine Kluft zwischen relativ gut verdienenden und wenigen ganz Reichen einerseits und andererseits einer Menge Menschen, die ins ganz materielle Elend gedrängt werden. Aber auch die, denen es hier materiell ganz gut geht, spüren, daß die Entfremdung der Arbeits- und Lebensverhältnisse von jeglichem sozialen Sinn kaputtmacht. Von der Zerstörung vieler sozialer Strukturen aber auch der Umwelt als Lebensgrundlage sind hier alle Menschen betroffen.

Die Besetzung von Häusern und selbstbestimmten Zentren ist eine unserer Antworten auf die Verknappung und Spekulation mit Wohnraum, die permanente Verteuerung von Mieten.
Wir nehmen uns das, was wir brauchen.
Zum anderen geht es uns dabei um den Aufbau von Lebenszusammenhängen, in denen wir soziale und menschliche Strukturen und Werte, eine andere Kultur außerhalb der Geld-Ware-Beziehung aufbauen können. Unsere Suche nach einem neuen sozialen Sinn hat auch eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung.

Die zunehmenden Räumungen der besetzten Häuser und Zentren verstehen wir auch in diesem Zusammenhang als Versuch der Herrschenden, jeglichen Ansatz von Perspektive auf ein anderes Leben zu verhindern beziehungsweise zu zerstören.
Diese Konfrontation ist nicht, wie die Herrschenden allen glauben machen wollen eine losgelöste Auseinandersetzung zwischen BesetzerInnen und den Bütteln des Staates. In Wirklichkeit sind unsere Kämpfe Teil der permanenten Auseinandersetzung zwischen Unterdrückten und Unterdrückern.
Wir wollen als BesetzerInnen uns und unseren Kampf mehr, als bisher verbinden :
- mit den Menschen und Kämpfen in den Stadtteilen
- mit anderen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die es zum Beispiel in den Fabriken und Schulen gibt
- mit den Kämpfen um Befreiung weltweit.



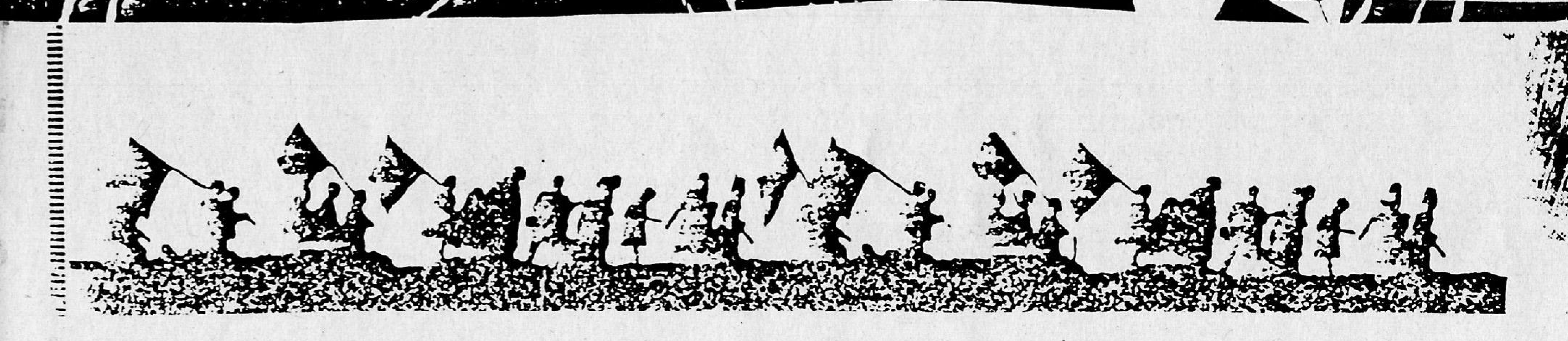
Heute will der Imperialismus zuerst mit dem Krieg und dann mit dem Frieden der Friedhofsruhe die eigene Herrschaft über den Rest der Welt zementieren. Sie ennnen das neue Weltordnung. Gegen diese sogenannte neue Weltordnung müssen wir uns und die besetzten Häuser auch hier durchsetzen.

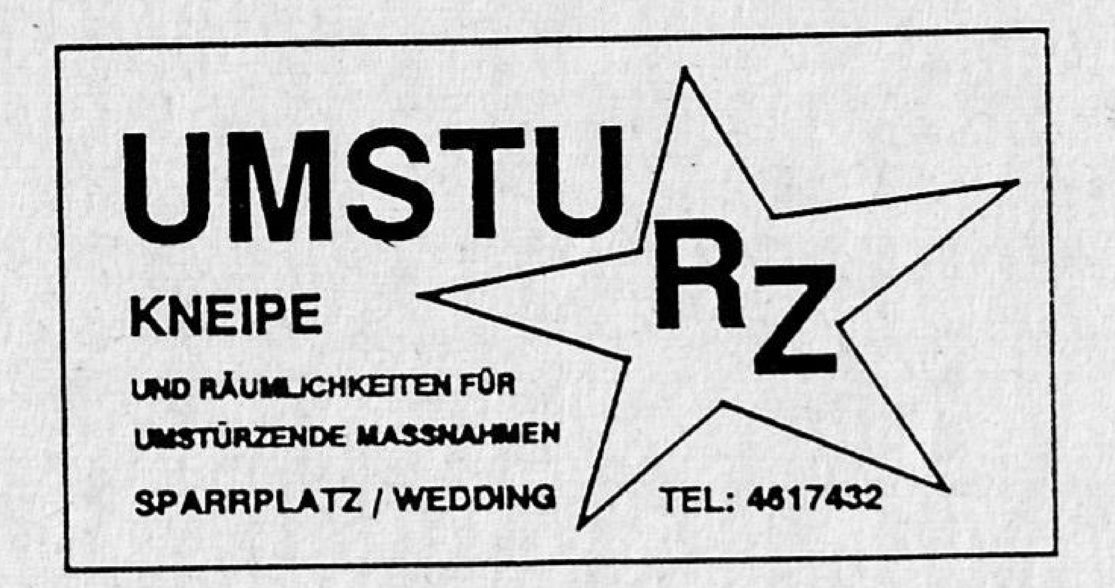
Mit dem Aktionstag wollen wir dem Europa des Kapitals unseren Willen zu selbstorganisiertem Leben und Handeln entgegenstellen. Wir wollen uns europaweit organisieren und uns in unserem Handeln aufeinander beziehen.
Damit wollen wir auch eine breitere Öffentlichkeit erreichen und in den Medien durchkommen. Dabei finden wir es notwendig zu durchbrechen, daß die Auseinandersetzung zwischen Staat und HausbesetzerInnen als quasi "Privatkrieg" in der Öffentlichkeit dargestellt und auch so verstanden wird. Wir wollen erreichen, daß die gesellschaftliche Bedeutung dieser Auseinandersetzung, von der besetzte Häuser und Zentren nicht alleine betroffen sind, in der Öffentlichkeit nicht länger verleugnet werden kann.

Wir gehen von der Tatsache aus, daß wir in den verschiedenen Ländern, Städten, Häusern und Zentren unterschiedliche Ansatzpunkte und Bedingungen haben.
Wir wollen, daß sich alle an dem Aktionstag beteiligen und finden dafür vielfältige Ideen und Widerstandsformen notwendig.

Die Leute von zwei internationalen Vorbereitungstreffen zum europäischen Aktionstag aus 25 Städte aus 7 europäischen Ländern

An der Diskussion über den Aktionstag wollen wir auch die politischen Gefangenen in den europäischen Knästen beteiligen.

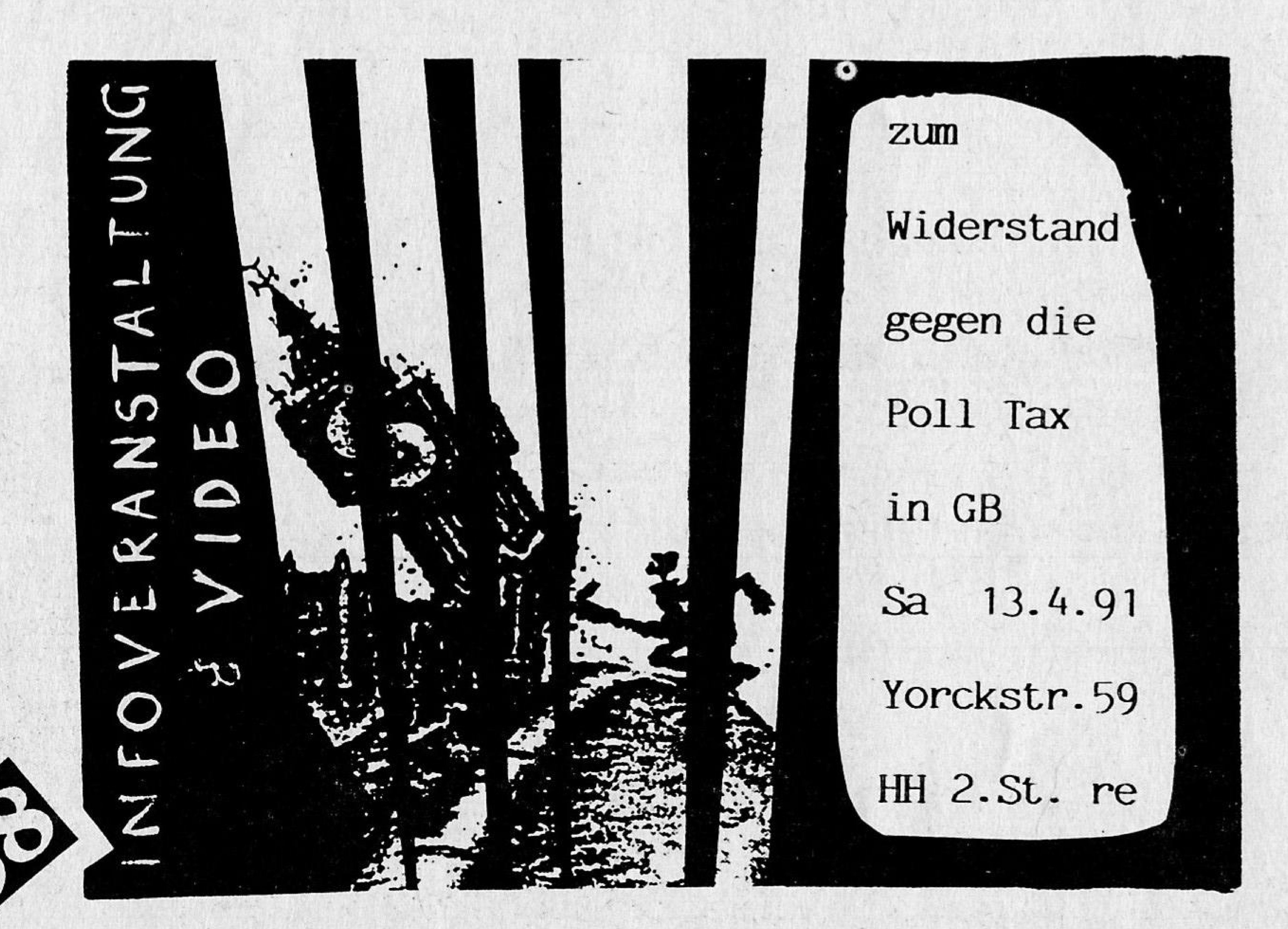




Seit dem 17.03.91 ist es amtlich, soll heißen, wir (4 Menschen) haben eine vorläufige "Konzession", die uns "berechtigt", Bier unters Volk zu bringen. Eigentlich wollten wir ja schon am 1.03.91 öffnen, aber wie das so ist im Leben, kommt es zweitens anders als mensch es sich erstens denkt.
Nachdem wir gehört hatten, daß die Möglichkeit besteht, eine Kneipe zu übernehmen, haben wir uns spontan dazu entschlossen, einzusteigen. Die "Idee" dazu war teilweise schon lange vorhanden, denn außer unseren "alltäglichen Auseinandersetzungen" haben wir uns immer wieder intensiv damit beschäftigt, wie unsere Utopien Stück für Stück Realität werden können. Ein immer wiederkehrender Punkt in unseren Diskussionen war und ist, daß wir hier im Wedding kaum vorhandene Strukturen haben, wie wir sie uns vorstellen und wünschen, und die Alternative, dauernd nach Kreuzberg zu tigern, befriedigt auf die Dauer auch nicht. Zu diesen unseren Träumen gehört auch eine "Kneipe", in der wir uns wohlfühlen können und in der es uns und anderen Spaß macht, darin zu arbeiten.
Aber selbst bei einer so "alltäglichen" Angelegenheit wie dem Eröffnen einer Kneipe zeigt sich, daß der Widerstand gegen selbstbestimmtes Leben massiv ist, denn drei Tage nach dem wir den Miet- und Pachtvertrag hatten, kam der Vermieter mit Kündigung. Erst durch Wirken unseres Rechtsanwaltes bekamen wir dann doch noch die "vorläufige Konzession". Trotzdem wird unser Miet- und Pachtvertrag aller Voraussicht nach in fünf Monaten gekündigt.
Wir haben Raum und Möglichkeit, in denen sich Menschen treffen und auseinandersetzen können, wo wir uns informieren können, wo es auch möglich ist, gut und billig zu essen, Musik zu hören und sich auch ganz einfach mal "fallen" zu lassen und gemütlich ein Bier oder einen Saft zu trinken.
Es liegt vor allem an euch, diese Kneipe mit Leben zu füllen, indem ihr unseren Veranstaltungsraum exzessiv für Kleinkunst, Filme, politische und sonstige Treffen nutzt. Daher haben wir uns überlegt, regelmässige öffentliche Plena für alle interessierten Gruppen und Einzelpersonen einzurichten. Bisher gibt es das Kneipenkollektiv, das die Grundorganisation und Verwaltung übernimmt und noch händeringend HelferInnen für Thekendienst etc. sucht, außerdem eine Frauengruppe, die Veranstaltungen und einen wöchentlichen Frauen-Lesben-Kneipentag plant. Ebenfalls in Planung ist ein wöchentlicher Filmetag. Alle Gruppen freuen sich selbstverständlich über weiteren Zulauf.
Näheres wollen wir gerne bei dem **1. öffentlichen Plenum** besprechen am

Samstag, den 13.4.91 um 18.00 Uhr
im
Umsturz, Sparrplatz / Burgsdorfstraße







Do 11.4.

19.00 VV zum 1. Mai (vorverlegt) Kirche von Unten
20.00 Vokü und Filme Adalbertstr. 32 No PARMESAN !
21.00 Daneben Video: Der vergessene Widerstand BRD -83
17.00 El Locco Video: 23 Stunden nur Frauen
19.00 " " Assata Shakur das Buch, Diskussion nur Frauen
21.00 " " Flüge über Moabiter Mauern, Erzählung nur Frauen?

Fr 12.4
18.00 Iskra Vorbereitungstreff zur Aktion: SchülerInnen gegen Daimler Benz
19.00 Babylonia Video u. Diskussion zu Hausbesetzungen in Padua, Italien
19.00 Cafe Oramo, Pankstr. Weddinger Kiezpalaver zum 1. Mai

Sa 13.4.
its Partytime
19.00 El Locco Barcelona 1992 Diskussion über Auswirkung von Olympia
19.00 Yorkstr. 59 hh 2.St. Viodeo u. Info zu Widerstand gegen die Poll Tax in GB
20.00 Drugstore Solifete für Schülerladen Iskra
21.00 Daneben Video: Die Rebellion der Gehenkten BRD-Mexiko 1986
21.00 El Locco Diskussion über Hausbesetzungen
21.00 SfE, Mehringhof Prozeßkostenfete für Marchstr./Einsteinufer
22.00 Babylonia Anti-Kriegs-Tanz Solifete f. Prozeßkosten

So 14.4.
16.00 Drugstore Treffen von(west)-Projekten die auch abgewickelt werden sollen
14.00 Tegel, Knast Kundgebung, damit die Gefangenen auch mal was mitkriegen

Mo 15.4. FrühaufsteherInnenTag
10.30 Stadttor U : Schlesisches Tor
Bausenator Nagel (sic!) präsentiert die neue Ecke von So 36
Wir: Der Moritzplatz muß wieder zur Wiese werden
abends: zur freien Verfügung

Di 16.4.
20-22.00 Ermittlungsausschuss, Mehringhof
21.00 El Locco Video: Sag niemals - nie Mainzer Str. 1990
Die offiziöse Version

Mi 17.4.
14 - 19.00 Daneben Antifa-Tag
17.00 Ex, MEhringhof SchwarzfahrerInnenTreff mit anschliessender Party im Drugstore
21.00 El Locco Video: Dynamit am Simplon Schweiz 1989
Widerstand von Partisanen in Oberitalien in 2. Weltkrieg
19.00 El Locco Video : Vaters Land über Patriotismus, Nation, VaterlaND

Do 18.4.
19.00 Versammlungsraum, Mehringhof VV zu Antifa-Aktionen am 20.4.
20.00 Vokü u. Filme Adalbertstr. 32 No PARMESAN !
20.00 Syndikat nur Frauen: Doppelkopf und andere Spiele (für Wildwasser)
21.00 Daneben Video: Man müßte doch etwas tun BRD 1987

Sa 20.4. 20.00 Kottbusser Tor Demo gegen Nazis
Beginn der MietenAktionstage

Sa 27.4. 12.00 O-Platz : Demo/Aktion gegen Mietenexlosion

Für Ortsunkundige:

			U :
Babylonia	1-36	Cuvrystr. 23 2.HH	Schlesisches Tor
Drugstore	1-30	Potsdamerstr 180	Kleistpark
Mehringhof	1-61	Gneisenaustr.2a	Mehringdamm
Syndikat	1-44	Weisestr.56	Boddinstr.
El Locco	1-61	Kreuzbergstr. 43	Yorkstr.
Iskra	1-41	Muthesiusstr. 18	Schloßstr.
Daneben	1035	Friedrichshain Rigaerstr.84	Frankfurter Tor
Kirche von Unten		Elisabeth Kirch Platz	Rosenthaler Platz

Kommt alle zur vorrevolutionären

1. Mai - Aktion

1.5. - 11.00 Uhr

an der

Siegessäule



- Bringt Seile mit! -

Vorbereitungstreffen:

Sonntag - 9.00 Uhr
Mehringplatz (zum Üben)
U-Bhf. Hallesches Tor